



Fallstudie Bad Fallingbostel

Ortsschild: Hello World Digital, [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/), via Onlinestreet.de

Impressum:

Titel:	Fallstudie Bad Fallingbostel
Jahr:	2021
Autor*innen:	Schulte, Yannic; Bhatti, Sarah; Frommer, Jana-Andrea; Olfermann, Elisabeth; Schönefeld, Malte; Schütte, Patricia M.; Werner, Andreas;
Unter Mitarbeit von:	Brejora, Matthias; Fiedrich, Frank; Geci, Marcel; Koch, Maximilian; Kowald, Cäcilie; Meyer, Kristina; Oschmiansky, Heidi; Porten, Marc; Schmitt, Alexandra; Schulze Gemen, Barbara; Steinberger, Eva;
Beteiligte Organisationen:	Bergische Universität Wuppertal; Deutsche Hochschule der Polizei; Deutsches Rotes Kreuz e.V.; time4you GmbH communication & learning;
Bildquelle (Titelbild):	Ortsschild: Hello World Digital, CC BY 4.0 , via Onlinestreet.de unter: https://onlinestreet.de/strassen/ortsschild/Bad+Fallingbostel.html

Der Bericht entstand im Forschungsprojekt „SiKoMi: Sicherheitskooperationen und Migration“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“, Themenfeld „Zivile Sicherheit – Fragen der Migration“. (Förderkennzeichen 13N14741 - 13N14744)

Wir danken an dieser Stelle herzlich den Interviewteilnehmer*innen und assoziierten Partner*innen für die Bereitschaft, Ihre Erfahrungen und Expertise in das Projekt einzubringen.

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergründe und Vorbemerkungen zur Datenbasis.....	5
2	Standortbeschreibung Bad Fallingbostal.....	6
2.1	Die Lage 2015/2016 in Bad Fallingbostal in der Retrospektive.....	6
2.2	Medienspiegel zu Bad Fallingbostal.....	8
3	Netzwerkanalyse - empirische Fallstudie	9
4	Zusammengefasste Perspektiven der jeweiligen Akteure am Standort Bad Fallingbostal	12
4.1	Bundeswehr	14
4.2	DRK Kreisverband Bad Fallingbostal	16
4.3	Gesundheitsamt Heidekreis	20
4.4	Johanniter-Unfall-Hilfe	23
4.5	Kommunalverwaltung bzw. Stadt Bad Fallingbostal.....	25
4.6	Polizei.....	29
5	Fazit - Bilanz aus verschiedenen Perspektiven	37
6	Good Practices/ Lessons Learned	40
6.1	Good Practices in Bad Fallingbostal	41
6.2	Lessons Learned in Bad Fallingbostal.....	44
7	Literatur.....	46

Abkürzungsverzeichnis

AE	Aufnahmeeinrichtung
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BW	Bundeswehr
DLRG	Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
DRK	Deutsches Rotes Kreuz e.V.
GP	Good Practices
JUH	Johanniter-Unfall-Hilfe
KV	Kreisverband
LAB	Landesaufnahmebehörde
LAB NI	Landesaufnahmebehörde Niedersachsen
LL	Lessones Learned
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NLGA	Niedersächsisches Landesgesundheitsamt
THW	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

1 Hintergründe und Vorbemerkungen zur Datenbasis

Die vorliegende Fallstudie ist im Rahmen des Forschungsprojektes „Sicherheitskooperationen und Migration“ (SiKoMi) entstanden. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert (Förderzeitraum: 01.09.2018 bis zum 31.08.2021). Der Projektverbund besteht aus der Bergischen Universität Wuppertal, der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Deutschen Roten Kreuz e.V. (DRK) und dem Unternehmen time4you GmbH. Die Partner rekonstruieren im Rahmen von SiKoMi die Flüchtlingssituation 2015/2016 aus verschiedenen Akteursperspektiven (Polizei, Hilfsorganisationen, Verwaltungen auf Kommunal- und Landesebene und private Sicherheit), identifizieren wichtige akteursrelevante Erkenntnisse und erarbeiten darauf aufbauend technisch wie sozial unterstützte Möglichkeiten des Lernens, des Austauschs und des Transfers (Frommer et al. 2020, 256 f.; nähere Informationen unter: www.sikomi.de). Ein zentrales Produkt der Forschung im Projekt sind Fallstudien zu vier Standorten von Aufnahmeeinrichtungen (AE): Bad Fallingbostal, Berlin, Bramsche-Hesepe und Trier. Sie basieren in der Hauptsache auf Interviews mit verschiedenen beteiligten Akteuren.

Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Fallstudie zur Aufnahmeeinrichtung (AE) Bad Fallingbostal in Niedersachsen. Dafür wurden Interviews mit 13 Gesprächspartner*innen geführt: vier Vertreter*innen der Polizei, drei Vertreter*innen von Land und Kommune, drei Vertreter*innen von Hilfsorganisationen (DRK und JUH) sowie drei Vertreter*innen der Bundeswehr (BW). Akteure der privaten Sicherheit wurden zwar mehrfach kontaktiert, konnten aber nicht für die Erhebung gewonnen werden. Alle Interviews wurden auf Basis eines einheitlichen Leitfadens mit Fragen zur Wahrnehmung der damaligen Lage, zur eigenen Organisation, zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sowie Ansätzen des (praktizierten) Wissensmanagements befragt. Entsprechend dieser Kategorien wurde auch die Auswertung von Daten und ggfs. Dokumenten vorgenommen.

2 Standortbeschreibung Bad Fallingbostel

2.1 Die Lage 2015/2016 in Bad Fallingbostel¹ in der Retrospektive

Die AE auf dem NATO-Truppenübungsplatz in Oerbke ist im September 2015 als Außenstelle der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) in Betrieb genommen worden (Polizei4, 12-12)². Die AE befindet sich auf einem Bundeswehrgelände, das, aufgrund historisch vorhandener Ortschaften, dem gemeindefreien Bezirk Osterheide angegliedert ist. Die Liegenschaft ist Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und wurde der LAB NI zur Nutzung zur Verfügung gestellt (LAB NI 2020).

Das Gebiet Osterheide (etwa 650 Einwohner) liegt im Landkreis Heidekreis (vgl. Abb. 2; siehe auch www.osterheide.bundesimmobilien.de). Angrenzend an den Truppenübungsplatz befindet sich in etwa 2 km Entfernung die Stadt Bad Fallingbostel (Verwaltung1, 7-7). Die Stadt hat mit ihren etwa 12.000 Einwohnern keine direkte verwaltungstechnische Aufgabe in Bezug auf die Aufnahmeeinrichtung (Verwaltung1, 6-6; Verwaltung2, 11-11, 63-63).

Der Truppenübungsplatz bzw. die AE (auch „Camp Fallingbostel“ genannt) ist durch Perimeterschutz abgetrennt und nicht für die Bevölkerung einsehbar (Verwaltung1, 8-8).

Als ehemaliger NATO-Truppenübungsplatz verfügt das Gelände über eine große Fläche und eine schon bestehende Infrastruktur. Diese beinhaltet bspw. Speisesäle und andere Gebäude, die dann durch die Hilfsorganisationen zu Cafés, einem Kiosk und Räumlichkeiten für eine Kinderbetreuung ertüchtigt wurden (DRK Flüchtlingshilfe Fallingbostel (2016), S. 36 & 51ff). Weiterhin ist auf dem Truppenübungsplatz Infrastruktur für übende/wechselnde Truppen vorhanden, weshalb teilweise möblierte Unterkünfte existieren, in denen Geflüchtete untergebracht werden konnten (Verwaltung2, 25-25).

Die AE wurde in das „Camp West“ (oder auch Camp Oerbke) und das „Camp Ost“ gegliedert, welche durch die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und das Deutsche Rote Kreuz betreut wurden. Die JUH baute das „Camp West“ ab dem 08.09.2015 auf. Das DRK übernahm ab dem 02.10.2015 die Leitung über das „Camp Ost“. (DRK2, 14-14) Zur Planung nahm man eine Wohnfläche von 7m² pro Person an (DRK Flüchtlingshilfe Fallingbostel (2016), S. 29).

Die Aufnahmekapazität im „Camp West“ lag bei 800 Personen und im „Camp Ost“ bei 3.500 Personen mit einer Möglichkeit zur Erweiterung auf 7.500 Personen (LAB NI 2020).

¹ Die Fallstudie wird im Folgenden als Fallstudie „Bad Fallingbostel“ bezeichnet. Die AE liegt eigentlich im Verwaltungsgebiet Osterheide mit Verwaltungssitz in Oerbke. Die Stadt Bad Fallingbostel ist lediglich die nächstgrößere Stadt an der AE. Aufgrund der örtlichen Nähe wurde sich im allgemeinen Sprachgebrauch und in den Medien allerdings häufig auf Bad Fallingbostel bezogen, weshalb hier ebenfalls diese Bezeichnung verwendet wird.

² Die Angabe (Polizei4, 12-12) bezeichnet die Stelle in einem Interviewtranskript mit einer Polizeikraft aus Bad Fallingbostel. Dies dient lediglich als empirischer Beleg für die getroffene Aussage. Im weiteren Verlauf des Dokuments finden sich immer wieder solche Hinweise mit Bezug zu Interviews. Neben dem Akteur Polizei finden sich Belege, die folgendermaßen gekennzeichnet sind: Hilfsorganisation JUH, Verwaltung, Bundeswehr, Hilfsorganisation DRK und Gesundheitsamt.



Abbildung 1: Aufnahmeeinrichtung Bad Fallingbosten

Quelle: Walsroder Zeitung (2015), https://www.wz-net.de/lokales/oerbke-keine-neuen-fluechtlinge_10_110964185-21-.html, zuletzt geprüft am 07.12.2020.



Abbildung 2: Standort der Aufnahmeeinrichtung Bad Fallingbosten (schraffierte Fläche: Gelände des Truppenübungsplatzes)
 Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2020), <https://www.geoportal.de/portal/main/#>

2.2 Medienspiegel zu Bad Fallingbostenl

Neben der BW, welche den Truppenübungsplatz betrieb (Exner 2015) und sich um die Verpflegung kümmerte (Hermann et al. 2015), halfen die JUH und andere Hilfsorganisationen, wie beispielsweise das DRK, bei der Organisation notwendiger Maßnahmen zur Lagebewältigung (Diaz 2015). Für einen reibungslosen Ablauf sorgten zudem rund 120 ehrenamtliche Helfer*innen wie Arzthelfer*innen, Übersetzer*innen, Betreuer*innen, Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, Erziehungswissenschaftler*innen und BW-Soldat*innen (Maxwill/Reimann 2015). Zudem boten viele Ärzt*innen aus der Region kostenlose Sprechstunden im Camp an (hf 2015; Hermann et al. 2015). Bürgermeisterin Thorey sagte, dass es ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen keinen so unproblematischen Ablauf gegeben hätte (George 2016). Die Geflüchteten fühlten sich sicher und gut betreut, bezeichneten die Betreuer als höflich und das Lager als sauber (Röhlig 2018). Die Behörden hätten allerdings nur sehr langsam gearbeitet, weshalb es im November 2015 zu einem Sitzstreik von 150 Flüchtlingen gekommen ist, die über Verzögerungen bei der Bearbeitung ihrer Asylanträge verärgert gewesen seien (Maxwill/Reimann 2015).

3 Netzwerkanalyse - empirische Fallstudie

Um ein genaueres Bild von der damaligen Situation und beteiligten Akteuren in Bad Fallingbostal zu erhalten, wurden im Vorfeld der empirischen Erhebungen zur Fallstudie Feldzugangsgespräche mit relevanten Akteuren aus Polizei, Landes- und Kommunalverwaltungen, Hilfsorganisationen und privater Sicherheit geführt. Die – meistens via Telefon – geführten Gespräche dienten einerseits der Abfrage möglicher Wissensmanagementstrukturen und -ansätze sowie andererseits der groben Identifizierung der in der damaligen Lage involvierten Akteure, die für vertiefende leitfadengestützte Interviews wichtig waren, um die Lage aus möglichst vielen Perspektiven erfassen und einschätzen zu können. Die daraus resultierende Liste verwies auf folgende Akteure (geclustert nach Organisationszusammenhängen): (1) Örtliche Gefahrenabwehr: Polizei und Feuerwehr; (2) Kommune: Stadt Bad Fallingbostal, Ordnungsamt, Gesundheitsamt; (3) überkommunale Akteure (Bund, Land, Bezirk, Kreis): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Land Niedersachsen, LAB NI, Landkreis Heidekreis, Bezirksvorsteher Oerbke; (4) Hilfsorganisationen: JUH, DRK, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG); (5) überörtliche Unterstützung: Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), BW (darunter: BW-Dienstleistungszentrum und BW-Sicherheitsdienst); (6) Private Organisationen: Sicherheitsdienste, Apetito (Unternehmen für Catering); (7) Ehrenamtliche und gemeinnützige Akteure: ehemalige Geflüchtete, ehrenamtlich tätige Ärzt*innen (darunter auch: zahnärztliche Vereinigung), sonstige Ehrenamtliche, lokale Kliniken und Kirchen (s. ausführlicher im internen Bericht der DHPol zu AP 1.3).

Neben der Eröffnung des Forschungsfeldes bzw. der Zugänge zu potenziellen Interviewpartner*innen ergaben sich durch die Gespräche erste wertvolle Erkenntnisse über die grobe Erfassung von Verhältnissen und möglichen Beziehungen in Bad Fallingbostal. Aus der Zusammenfassung der Interviews ergibt sich ein noch etwas differenzierteres Bild der zusammenarbeitenden Akteure vor Ort als weiter oben ersichtlich (s.o.) oder in den Vorfeldabfragen. Aus der zusammenfassenden Betrachtung der Ergebnisse aus Vorfeldabfrage und Interviewauswertung ergibt sich die Abbildung 3 auf der folgenden Seite (Erläuterungen zu Farben und Pfeilen lassen sich der Legende dazu entnehmen; s.u. Tab. 1).

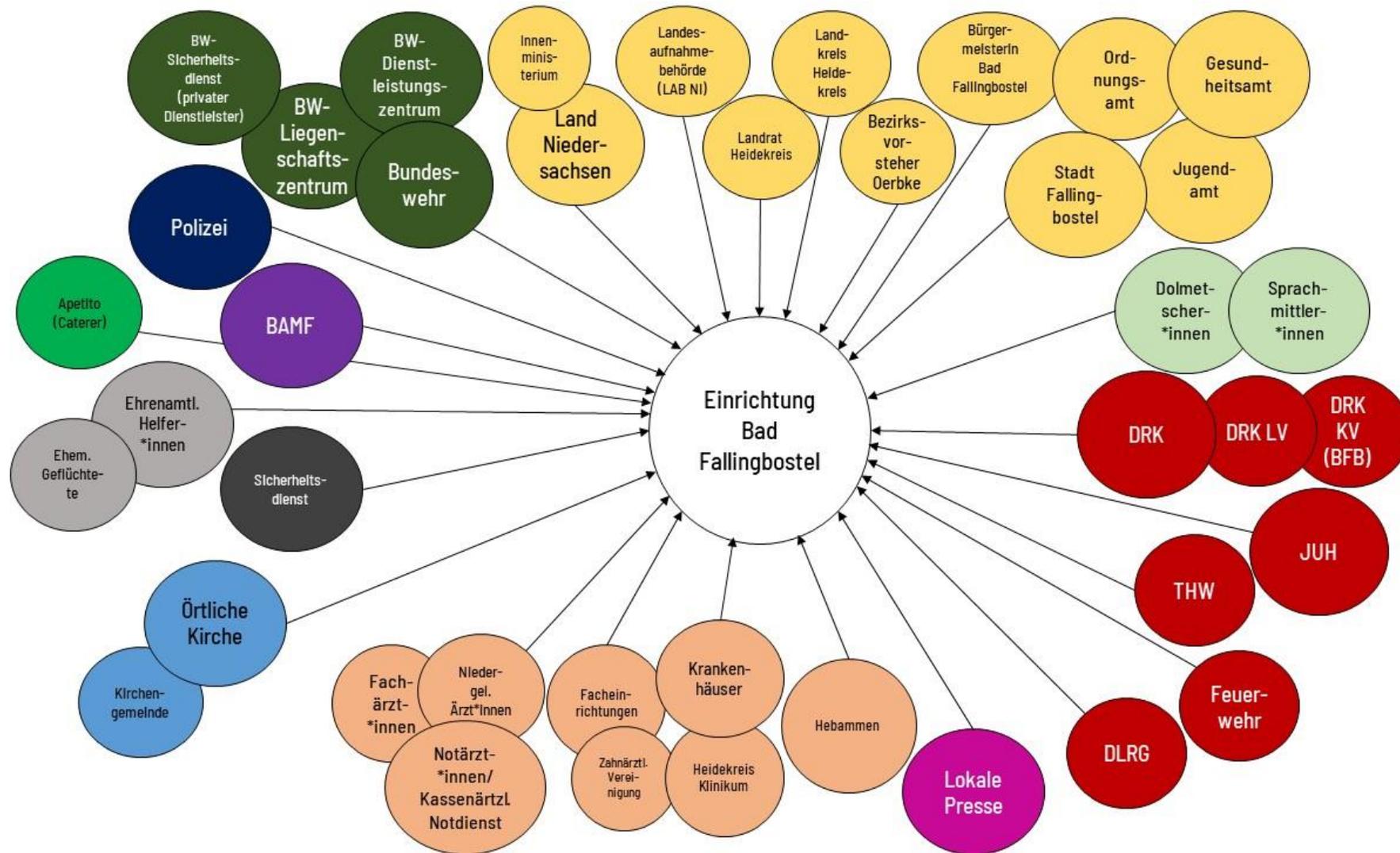


Abbildung 3: Akteursnetzwerk rund um die Aufnahmeeinrichtung Bad Fallingbostal auf Basis der Vorfeldabfrage und Interviewdaten; eigene Darstellung

Tabelle 1: Legende zum Akteursnetzwerk in Abbildung 3 (s.o.)

Bad Fallingbostal (BFB) Item (Akteure)	Farbe/Symbol
Bundeswehr (BW)	
Hilfsorganisationen (HiOrg) und Feuerwehr (DRK, JUH, THW, Feuerwehr)	
Landes-/ Kommunalverwaltung (LaKoV) (Gesundheitsamt (GA) etc.)	
Private Sicherheit (PRIS)	
Polizei (Pol)	
Medizin. Versorgung (z.B. Ärzt*innen, Kliniken)	
BAMF	
Presse	
Kirchl. Einrichtungen	
Sprachmittler*innen/Dolmetscher*innen	
Ehrenamtl./Freiwillige/Vereine/ ehem. Geflüchtete	
Sonstige private Unternehmen (z.B. Caterer)	
Beziehung (nach Nennung; ohne Wertung)	

Wenngleich Abbildung 3 auf den ersten Blick viele Akteure abbildet, erhebt sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da aus diversen Gründen (z.B. Vergessen, Prioritäten, Abneigungen etc.) weitere beteiligte Akteure u.U. einfach nicht genannt wurden. Sie dient hier mehr als eine Art retrospektiv geschaffener Überblick und ein Anhaltspunkt, um ein Gespür dafür zu entwickeln, wie viele Akteure beteiligt waren. Sie bildet allerdings ab, dass am Standort Bad Fallingbostal eine Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren beteiligt war. Vor dem Hintergrund lässt sich ein gewisses Maß an Komplexität und Unübersichtlichkeit für die Lagebewältigung erahnen, auf die im folgenden Kapitel näher eingegangen wird (s. Kap. 4).

4 Zusammengefasste Perspektiven der jeweiligen Akteure am Standort Bad Fallingbistel

Die folgenden Abschnitte sind Zusammenfassungen der jeweils ermittelten Akteursperspektiven, die insbesondere den im Rahmen des Projektes SiKoMi geführten Interviews entnommen sind. Wie weiter oben bereits dargelegt (s. Kap. 1), geben die nachfolgenden Ausführungen ausschließlich die Perspektiven der befragten Akteure – Polizei, Verwaltung, Hilfsorganisationen JUH und DRK sowie BW und Gesundheitsamt – für die Situation am Standort bzw. der AE Bad Fallingbistel wieder.³

Die Darstellung der einzelnen Perspektiven richtet sich nach den oben genannten Kategorien:

(1) Wahrnehmung der damaligen Lage – In dieser Kategorie werden Beschreibungen der damaligen Lage aus Sicht der einzelnen Befragten, d.h. deren Wahrnehmung, wiedergegeben. Sie beinhalten situationsbezogene Darstellungen und bilden die Basis für alle weiteren Ausführungen.

(2) Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen – Diese Kategorie beinhaltet Angaben zur eigenen Organisation in Bezug auf ihre Rollen und Aufgaben insbesondere in der Situation 2015/2016. Dazu zählen Ausführungen über: Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Vorgehensweisen, Management- bzw. Handlungsansätze etc. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf geplanten Handlungsansätzen, die hier als Strategien bezeichnet werden, sowie Ad-hoc-Maßnahmen, welche sich spontan in der Situation ergaben und in denen Planung und Durchführung zeitlich zusammenfallen (auch als Improvisation bezeichnet).

(3) Interorganisationale Zusammenarbeit – Hier finden sich alle benannten Aspekte zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Die Kategorie gibt aus der jeweiligen Akteursperspektive Aufschluss darüber, in welchen Konstellationen Zusammenarbeit geschah, wie sie gestaltet war, welche Formen sie angenommen hat (z.B. eher formeller oder informeller Charakter)⁴ und wie sie bewertet wurde.

³ Es wird kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben, da es sich hier um eine qualitative Erhebung handelt, die dazu dient, Aufschluss über eine bislang kaum erforschte Situation zu geben und Annahmen diesbezüglich zu treffen. Für repräsentative Aussagen müssten somit weitere Forschungsansätze anschließen. Bei tiefergehendem Interesse an dem im Forschungsprojekt gewählten methodischem Vorgehen, geben die Autor*innen auf Anfrage gerne Auskunft.

⁴ Diese sind zu unterscheiden nach eher informellen und formellen Formen der Zusammenarbeit, die im Rahmen des Forschungsprojektes wie folgt definiert wurden:

Informelle Zusammenarbeit:

Spontane und freiwillige Interaktionen zwischen Personen, die sich (zufällig) kennen und ein gegenseitiges Interesse daran haben, Informationen auszutauschen oder sich bei Bedarf zu unterstützen, ohne dabei von der originären Organisation dazu beauftragt zu sein. Regeln der Zusammenarbeit basieren dabei auf den allgemeinen sozialen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, z.B. Höflichkeitsformen. Das Brechen dieser Regeln wird vor allem durch sozial-moralische Ächtung, Verurteilung oder Ausstoßung sanktioniert, d.h. hier z.B. durch eine Vermeidung künftiger Zusammenarbeit und Kommunikation oder einer geringeren Bereitschaft, anderen „einen Gefallen zu tun“.

Formelle Zusammenarbeit:

Angeordnete bzw. vereinbarte Interaktionen zwischen Organisationsvertreter*innen, welche als Mitglieder einer formalisierten Zusammenarbeitsform (bspw. Krisenstab) und im Rahmen eines zwischen Organisationen vereinbarten Auftrags handeln und zusammenarbeiten. Regeln der Zusammenarbeit basieren hier vor allem auf formalisierten, d.h. schriftlich festgehaltenen Regeln, z.B. in Form von festen Mitgliedschaften und einer Geschäftsordnung in einem Stab oder über Verträge zwischen Organisationen. Das Brechen dieser Regeln führt in der Regel zu vorher festgelegten, formalisierten Sanktionen, z.B. Kündigung der Mitgliedschaft, Vertragsstrafen o.ä. Beide Formen der Zusammenarbeit sind nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen und können durchaus in einem bestimmten Rahmen gemeinsam auftreten, z.B. indem sich zwei Organisationsvertreter*innen in der Kaffeepause während einer formellen Koordinierungsbesprechung informell über Informationen austauschen, die aus ihrer Sicht nicht in der großen Runde diskutiert werden sollen.

(4) Umgang mit Wissen / „Wissensmanagement“ – In dieser Kategorie werden Aussagen über praktizierte Ansätze des Wissensmanagements in und zwischen den beteiligten Organisationen zusammengefasst. Hier finden sich Hinweise auf verwendete Daten, Informationen, Vorwissen, Informationsquellen, Formen des Umgangs mit Wissen und Wissensbedarfe aus Sicht der jeweiligen Organisationen etc.

4.1 Bundeswehr⁵

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Im Camp Fallingbostal sind verschiedene Einheiten der Bundeswehr aktiv gewesen. In der Anfangsphase seien dies insbesondere die sogenannten "Helfenden Hände" und das Bundeswehrdienstleistungszentrum gewesen. Diese hätten bei der Instandsetzung und Einrichtung der Unterkunft geholfen sowie zu Beginn auch die Verpflegung der Flüchtlinge sichergestellt (BW1, 25-27, 102-106).

Der Grundauftrag der Bundeswehr sei durch ein Amtshilfeersuchen zustande gekommen und habe im September 2015 im Camp Fallingbostal-West begonnen (BW1, 31-31, 100-100). Der Auftrag habe in der Sicherstellung der (zahn-)medizinischen Grundversorgung der Flüchtlinge durch den Betrieb einer hausarztähnlichen Sanitätsstation bestanden – ausgenommen seien die Erstuntersuchungen sowie komplexe Behandlungen gewesen (BW1, 23-23; BW2, 52-53). Ausgeführt wurde er vom Sanitätsunterstützungszentrum Munster (BWr1 69-69). Der Auftrag habe am 31.12.2016 geendet (BW1, 35-35).

Wahrnehmung der Lage

Die interviewten Personen der BW nahmen die Lage als sehr arbeitsintensiv, jedoch nicht stressig oder negativ konnotiert wahr. Dies wird vor allem damit begründet, dass der Arbeitsauftrag klar definiert gewesen sei (BW2, 43-43). Die Lage habe daher gut bewältigt werden können, obwohl sie für die BW neu war (BW2, 145-145; BW1, 146-149). Darüber hinaus gaben die interviewten Personen an, dass sich das beteiligte Personal der BW auf die Arbeit mit den schutzsuchenden Menschen freute (BW2, 43-43). Auch die Stimmung in der Unterkunft, im angrenzenden Dorf sowie der näheren Umgebung wurde als friedlich und akzeptierend beschrieben (BW1, 47-47; 221-221).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Die Bewältigungsansätze der BW seien sowohl durch strukturiertes Vorgehen als auch durch Ad-hoc-Maßnahmen gekennzeichnet gewesen. So hätten gerade zu Beginn der Lage, in der nicht viel Zeit zur Verfügung gestanden habe, bestehende Fähigkeiten und Funktionen abgerufen werden können (BW2, 288-288). Im Verlauf der Lage seien einzelne Verfahrensweisen dann bei Bedarf angepasst und verbessert worden. So sei beispielsweise das zunächst analoge System zur Erfassung von Flüchtlingen und deren Versorgungsleistungen auf ein digitales System umgestellt worden. Dadurch seien Abläufe beschleunigt und wichtige Informationen schneller elektronisch übermittelt worden, sowohl intern als auch im Austausch mit anderen Akteuren, wie etwa dem Gesundheitsamt (BW1, 131-131).

⁵ Die folgenden Ausführungen zur Perspektive der Bundeswehr basieren auf einem Gruppeninterview mit drei Bundeswehr-Angehörigen am Standort Bad Fallingbostal.

Die interviewten Personen gaben an, dass die BW primär mit den beiden Betreibern des Camp Fallingbostel, dem DRK (Camp Ost) und der JUH (Camp West) sowie mit dem Land Niedersachsen zusammenarbeitete (BW1, 109-112). Darüber hinaus habe die BW in unterschiedlicher Intensität mit verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens, wie Facheinrichtungen, Krankenhäusern und Fachärzten, kooperiert (BW2, 53-53). Zudem habe es eine direkte Zusammenarbeit mit der Zahnärztlichen Vereinigung Niedersachsens gegeben, um Equipment für die zahnärztliche Behandlung in der Unterkunft zu organisieren (BW1, 58-61) (s. Abb. 4).

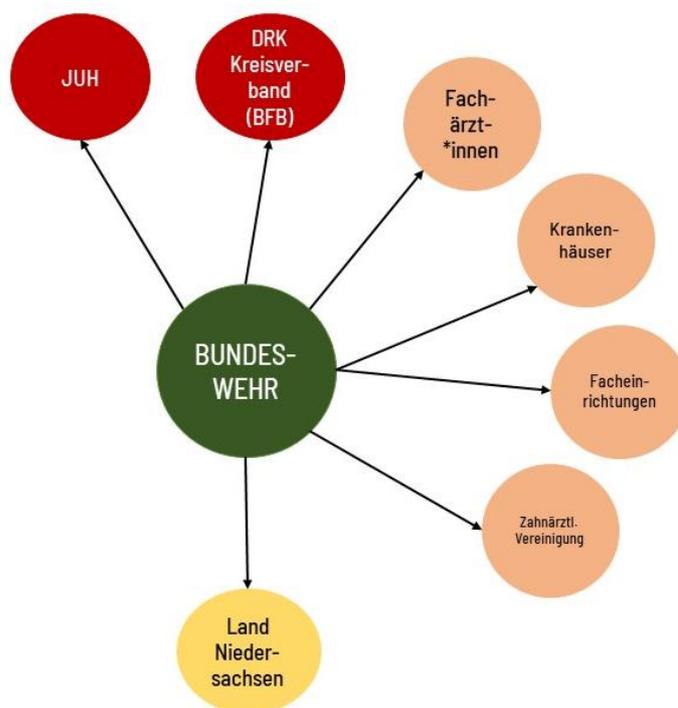


Abbildung 4: Akteure, mit denen die Bundeswehr am Standort Bad Fallingbostel zusammenarbeitete; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Insgesamt beschrieben die interviewten Personen die Zusammenarbeit der BW mit den verschiedenen Partnern als problemlos. Mit einigen Akteuren habe die Zusammenarbeit jedoch besser funktioniert als mit anderen (BW1, 120-122). In diesem Zusammenhang wurde die Zusammenarbeit der BW mit dem DRK als positiv beschrieben. Die beiden Akteure hätten ihr Vorgehen regelmäßig abgestimmt, sodass die verschiedenen Aufgaben und Entscheidungshoheiten klar verteilt und die vorhandenen und benötigten Ressourcen kommuniziert wurden (BW1, 45-45). Die Personen vermuteten, dass die Zusammenarbeit mit dem DRK auch deshalb so gut funktionierte, weil beide Organisationen ähnliche Strukturen besitzen. Dies habe es der BW erleichtert, das System des DRK zu erfassen und miteinander zu kommunizieren (BW1, 200-200). Bestärkt worden sei dies durch den regelmäßigen und intensiven Kontakt von Mitarbeiter*innen beider Akteure (BW1 & BW2, 125-127).

Die BW habe sich im Einsatz an gesetzliche Vorgaben halten müssen, welche klare Regelungen gehabt hätten (BW1, 141-141). Zudem hätten die BW-Angehörigen auf vorhandene Erfahrungen aus Auslandseinsätzen zurückgreifen können. Dieses Wissen sei nicht nur zentral an einer Stelle gesammelt gewesen, sondern durch die erfahrenen Mitarbeitenden über verschiedenen Sanitätseinrichtungen hinweg verteilt, sodass es vor Ort direkt in die Lage einfließen konnte (BW2, 143-143). Die von der BW intern dokumentierten Vorgehensweisen könnten, so die Einschätzung der Interviewten, im Bedarfsfall wieder abgerufen werden (BW1, 285-287).

Zwischen den beiden Betreibern des Standorts und der BW hätten regelmäßige Besprechungen stattgefunden, in denen sich die Akteure über die aktuellen Ereignisse ausgetauscht hätten. Zwei Mal wöchentlich habe es eine große Lagebesprechung gegeben, an der u.a. auch die LAB NI teilnahm. Zudem habe es einen regen informellen Austausch zwischen den am Standort tätigen Akteuren gegeben (BW1, 114-116).

Nach Einschätzung einer interviewten Person, kann die BW im Vorfeld nur schwer abschätzen, welche Informationen sie von potenziellen Kooperationspartnern benötigen. Dies lasse sich nicht eindeutig und allgemein definieren, da diese immer von der Einsatzsituation abhängen würde. Die Bedürfnisse, Anforderungen und Möglichkeiten seien komplex und in jeder Situation unterschiedlich und müssten daher jedes Mal aufs Neue verhandelt werden (BW1, 167-167; BW2, 168-170). Aus dem gleichen Grund sei es auch nicht möglich, im Voraus zu bestimmen, welche Informationen potenzielle Kooperationspartner über die BW benötigen könnten (BW1, 173-173; BW2, 174-174).

4.2 DRK Kreisverband Bad Fallingbostel⁶

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Der Kreisverband Fallingbostel e.V. hat ein breites Leistungsangebot, zu dem u.a. Erste-Hilfe-Kurse, Dienstleistungen für Senior*innen sowie Gesundheits-, Rettungs- und Fahrdienste gehören (www.drk-walsrode.de). Im Camp Bad Fallingbostel hat, nach Auskunft einer interviewten Person, KV Fallingbostel zudem die Gesamtkoordination und Leitung des Camps übernommen (DRK1, 12-12, 16-16).

Eine der ersten Aufgaben seien die Sichtung der Unterkunft und deren Instandsetzung gewesen (DRK1, 16-16, 145-145). Weitere Aufgaben hätten die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, u.a. in Form einer Sanitätsstation (DRK1, 46-46), eine Kinderbetreuung (DRK1, 207-207) sowie die Koordination von Spenden (DRK1, 16-16), Familienzusammenführungen (DRK2, 79-79) und der Verpflegung der Flüchtlinge umfasst - letzteres sei zunächst von der BW organisiert worden (DRK1, 78-78). Als Betreiber der Einrichtung sei der KV Fallingbostel auch für die Akquirierung von Einsatzkräften zuständig gewesen. Nach einiger Zeit hätten vor allem sozial-betreuerische Aufgaben im Mittelpunkt der DRK-Arbeit gestanden (DRK1, 16-16). Generell

⁶ Die folgenden Ausführungen zur Perspektive des DRK basieren auf zwei Interviews mit Mitarbeiter*innen des DRK KV Fallingbostel am Standort Bad Fallingbostel.

sahen die Interviewten ihre Aufgaben nicht nur in der Befriedigung von elementaren Grundbedürfnissen der Flüchtlinge: „Wir sind ja nicht nur da, um dir [Anm. d. Verf.: den Flüchtlingen] Essen zu geben, sondern auch, wenn du dann eine Frage hast und irgendwas wissen willst, ein Problem hast, helfen wir Dir bei der Lösung.“ (DRK1, 151-151)

Wahrnehmung der Lage

Die befragten Mitarbeiter*innen des DRK nahmen die Flüchtlingssituation in Deutschland 2015/2016 als sehr unübersichtlich war, insbesondere in Hinblick auf die Zahl der ankommenden Flüchtlinge und der Unterbringungs- und Versorgungssituation. Daher wurde die Situation auch als „Krise“ und „Notfall“ beschrieben, die sich zudem durch ihre Dynamik auszeichnet habe (DRK2, 25-25, 31-31). Daher sei es, auch aufgrund fehlender Konzepte an manchen Stellen, zu falschen Entscheidungen gekommen. Eine bessere Vorbereitung auf die Situation wäre allerdings nach eigener Ansicht nicht möglich gewesen (DRK2, 105-105). Retrospektiv wurde der DRK-Flüchtlingshilfeinsatz als positiv wahrgenommen (DRK2, 25-25). Auch das DRK selbst wurde von den eigenen Mitarbeiter*innen als fähiger Akteur bezeichnet, der der Situation, wenn auch unter enormen Anstrengungen, gewachsen war (DRK1, 24-24). Die Grundstimmung der am Einsatz beteiligten Personen wurde als gut beschrieben, auch wenn es teilweise zu Gefühlen der Überforderung gekommen sei (DRK1, 143-143; DRK2 105-105). Die Stimmung in Deutschland allgemein sowie im direkten Umfeld des Camp Fallingbostel wurde hingegen nicht immer so positiv wahrgenommen. Es habe zwar auch eine große Hilfsbereitschaft gegeben, allerdings sei eine angespannte Atmosphäre bezüglich der Aufnahme von schutzsuchenden Menschen spürbar gewesen (DRK2, 21-21).

Die Wahrnehmung der Lage sei zudem von spezifischen Herausforderungen im Camp Fallingbostel-Ost geprägt gewesen, welches nicht mit anderen Notunterkünften in Deutschland, bspw. Zelt- oder Containerunterkünfte, zu vergleichen sei. Da das Camp Fallingbostel-Ost relativ groß gewesen sei und die schutzsuchenden Personen in einzelnen Räumen in verschiedenen Gebäuden untergebracht werden konnten, hätten sich viele Stressoren, die es in anderen Unterkünften gab, nicht ergeben (DRK1, 145-145).

In Hinblick auf die medizinische Versorgung der Flüchtlinge, wurde die Behandlung von Akuterkrankungen als angemessen wahrgenommen. Die Regelversorgung, wie Vorsorgeuntersuchungen, wurden hingegen als nicht ausreichend kritisiert (DRK1, 109-109). Dies habe vor allem an fehlenden Kapazitäten der umliegenden Arztpraxen gelegen, welche schon vorher stark ausgelastet gewesen seien (DRK1, 153-153).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Das Vorgehen des DRK im Camp Fallingbostel-Ost sei überwiegend durch Ad-hoc-Entscheidungen und Reaktionen auf akute Situationen geprägt gewesen (DRK1, 26-26). Eine interviewte Person gab an, dass aufgrund der Unübersichtlichkeit der Situation die beteiligten Akteure oft Entscheidungen treffen mussten, deren gesamte Auswirkungen sie nicht immer genau abschätzen konnten (DRK1, 24-24). Bedingt sei dies auch durch einen Mangel an Vorbereitungszeit gewesen. So hätten zwischen der Auftragserteilung und der Ankunft erster schutzsuchender Personen nur wenige Tage gelegen (DRK1, 16-16). Daher sei das Camp Fallingbostel-Ost in den ersten Tagen auch noch nicht vollständig bezugsbereit gewesen (DRK1, 68-68). Einige Mitarbeiter*innen des DRK hätten jedoch auf Erfahrungen aus Unterstützungsleistungen für die

JUH zurückgreifen können, die bereits einen Teil des Camps (Camp Fallingbostal-West) betrieben hätten. Erfolgreiche Abläufe zur Registrierung und Erstversorgung der ankommenden Flüchtlinge seien deshalb bereits teilweise bekannt gewesen (DRK1, 26-26). Eine interviewte Person gab an, dass ein Regelbetrieb erst nach ungefähr vier Wochen einsetzte. Dieser habe sich insbesondere durch die Einstellung von hauptamtlichem Personal ausgezeichnet (DRK1, 105-105). Im Laufe der Zeit seien zudem, um die Kapazität weiter zu erhöhen, weitere Gebäude auf dem Gelände für den Bezug von Flüchtlingen hergerichtet worden (DRK1, 68-68). Auch andere Prozesse seien immer wieder angepasst und optimiert worden, sobald sich die Ausgangslage änderte (DRK2, 149-149).

Weiterhin habe immer wieder situationsbedingt ad hoc gehandelt werden müssen. Beispielsweise sei oft nicht im Voraus klar gewesen, wie viele Personen wann genau in der Unterkunft ankommen werden und wie deren gesundheitlicher Zustand sei. Die Mitarbeiter*innen hätten entsprechend auf alle Eventualitäten vorbereitet sein müssen (DRK1, 46-46).

Bezüglich der medizinischen Versorgung der Geflüchteten wurde das Vorgehen des DRK als sehr situationsbezogen beschrieben. Das sogenannte Screening, also die medizinische Kurzuntersuchung der Flüchtlinge direkt bei ihrer Ankunft im Camp Fallingbostal-Ost, sei nach einem festen Muster abgelaufen. Anhand eines extra erstellten Anamnesebogen sei der allgemeine Gesundheitszustand kurz überprüft worden, um zum Beispiel Infektionskrankheiten auszuschließen bzw. zu erkennen und behandeln zu können. Zudem seien der Puls und Blutdruck gemessen und chronische Erkrankungen erfragt worden. Das Screening sei durch eine*n Ärzt*in, eine medizinische Fachkraft (Rettungsassistent*in, Rettungssanitäter*in, medizinische*r Fachangestellte*r) und eine*n Sprachmittler*in erfolgt (DRK Flüchtlingshilfe Fallingbostal (2016), S. 43; DRK1, 46-46). Nach dieser strukturierten Vorgehensweise seien die Flüchtlinge entsprechend zugeteilt worden und ggf. seien weitere Behandlungen eingeleitet worden. Menschen mit Verdacht auf ansteckende Infektionskrankheiten seien isoliert untergebracht worden, um ein Infektionsgeschehen in der Einrichtung zu verhindern (DRK Flüchtlingshilfe Fallingbostal (2016), S. 44).

Auch in der vom DRK betriebenen Sanitätsstation habe vor allem spontan auf die Ereignisse reagiert werden müssen. Um angemessen auf Notfälle reagieren und Personen schnell ins Krankenhaus befördern zu können, habe sich ein vom Rettungsdienst losgelöster Rettungswagen auf dem Gelände der Unterkunft befunden (DRK1, 46-46).

Interorganisationale Zusammenarbeit

Mitarbeiter*innen des DRK bezeichneten die eigenen DRK-Gliederungen, insbesondere den DRK-Landesverband Niedersachsen, als wichtige Kooperationspartner (DRK1 40-40, 175-175; DRK2, 13-13). Auch die Zusammenarbeit im eigenen KV wurde als sehr positiv wahrgenommen. So habe zum Beispiel der zuständige KV unkompliziert auf Ressourcen angegliederter Einrichtungen zurückgreifen können (DRK1, 40-42; DRK2, 39-43).

Darüber hinaus wurden die BW und die Polizei als wichtige externe Partner identifiziert (DRK1, 22-22; DRK2, 13-13). Mit der BW, die auf dem Gelände ein hausarztähnliches Zentrum unterhielt, habe eine besonders enge Zusammenarbeit bestanden (DRK1, 145-145). Anfangs habe es täglich unter der Leitung des DRK Besprechungen gegeben, insbesondere um die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu koordinieren.

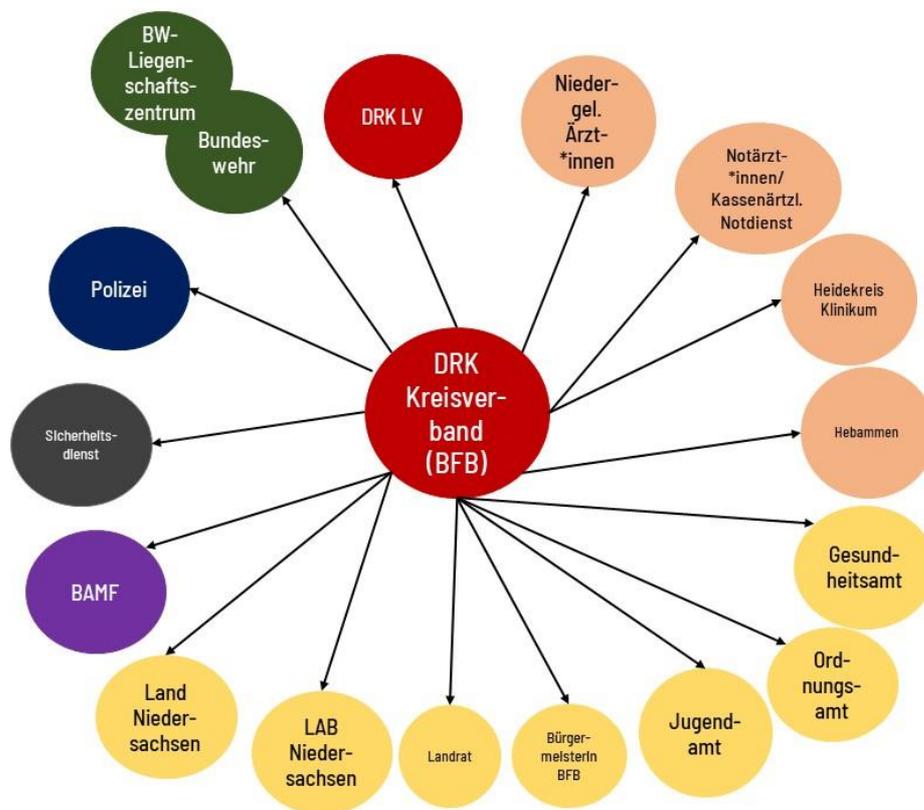


Abbildung 5: Akteure, mit denen der Kreisverband des DRK am Standort Bad Fallingbostal zusammenarbeitete; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Später seien diese Besprechungen auf zweimal die Woche reduziert worden (DRK1, 20-20, 119-121). Die Zusammenarbeit mit der BW wurde von den interviewten Personen als sehr positiv beschrieben (DRK1, 165-165).

Mit vielen weiteren Akteuren habe eine Zusammenarbeit mit unterschiedlicher Intensität bestanden. Beispielsweise habe es mit der LAB NI einen regelmäßigen Austausch gegeben, da diese Behörde für das Camp Fallingbostal zuständig war (DRK1, 135-135; DRK2, 103-103). Nicht jede Zusammenarbeit habe sich aber durch vorhandene Zuständigkeiten ergeben, sondern kam, wie eine interviewte Person beschreibt, beispielsweise auch durch persönliche Kontakte von Mitarbeiter*innen zustande (DRK1, 115-115). Zudem sei auch auf Vernetzungsplattformen zurückgegriffen worden, beispielsweise um Notärzt*innen für das Screening zu gewinnen (DRK1, 50-50). Viele Kooperationen seien dabei aus dem Gefühl heraus entstanden, dass ohne eine Zusammenarbeit der Einsatz nicht geleistet werden könne (DRK1, 143-145). Die interviewten Personen bewerteten die Zusammenarbeit mit fast allen Akteuren als gut, nur vereinzelt sei es zu Problemen gekommen. Durch Gespräche hätten sich diese jedoch meist lösen lassen (DRK1, 143-143). Als erfolgsfördernde Faktoren für eine gelingende Zusammenarbeit wurden unter anderem das gemeinsame Gefühl "im gleichen Boot zu sitzen" (DRK1, 145-145; DRK2, 107-107), Verständnis über die Struktur und Arbeitsweise des jeweiligen Partners (DRK2, 118-123) sowie eine gegenseitige Wertschätzung (DRK1, 145-145) und eine bestehende Vernetzung schon vor dem Flüchtlingshilfeinsatz genannt (DRK1, 169-169, 187-189).

Inwieweit Mitarbeiter*innen des DRK auf Leitfäden, Checklisten und Handlungsempfehlungen zurückgegriffen haben, wurde von den interviewten Personen unterschiedlich bewertet. So sagte eine interviewte Person, dass solche Hilfsmittel zur Verfügung standen und auch aktiv genutzt wurden (DRK2, 44-49). Im Gegensatz dazu beschrieb DRK-Person 1, dass meist keine Zeit zur Verfügung stand, sich eingängig mit bestehenden Hilfsmitteln zu befassen. Teilweise waren die vorhandenen Empfehlungen auch nicht für die Lage vor Ort umsetzbar, so die Einschätzung von Person 1 (DRK1, 68-68, 163-163). Handlungshilfen wurden dennoch als wichtig beschrieben, insbesondere für die ehrenamtlichen Strukturen, auch wenn Einsatzkräfte durch ihre Ausbildung und Erfahrungen schon viel Wissen in die Einsätze bringen würden (DRK1, 68-68, 163-163).

Um (zukünftig) personenunabhängig arbeiten zu können, habe das DRK Wert auf Dokumentation und Konzeption gelegt. So seien die Maßnahmen und Aktivitäten rund um das Einsatzgeschehen verschriftlicht worden (DRK2, 145-157). Aus dieser Einsatzdokumentation entstand ein Betriebskonzept. Dieses sei auch an weitere, externe Akteure gegeben worden, damit diese sich über die konkrete Arbeit des DRK vor Ort informieren konnten (DRK2, 109-109, 119-119).

Um das ständig wachsende, diverse Wissen der verschiedenen beteiligten Akteure gewinnbringend einsetzen zu können, hätten regelmäßig Besprechungen, anfangs täglich, später wöchentlich und nach Bedarf, stattgefunden. Bei diesen Treffen seien nicht immer nur die direkt in der Unterkunft tätigen Akteure anwesend gewesen, sondern auch weitere Akteure, die allgemein in die Lage eingebunden gewesen seien, wie die Polizei und kommunale Vertreter*innen (DRK1, 119-131). Im DRK-Landesverband Niedersachsen sei zudem ein Krisenstab eingerichtet worden, der u.a. materielle Ressourcen und personelle Kapazitäten koordinierte. Dort habe sich der zuständige KV Bad Fallingbostel bei Bedarf punktuelle Unterstützung holen können. So kamen beispielsweise geschulte Helfer*innen aus einem anderen KV zum Camp Fallingbostel-Ost, um bei der Registrierung der neuankommenden Flüchtlinge zu helfen (DRK1, 40-40).

4.3 Gesundheitsamt Heidekreis⁷

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Das Gesundheitsamt Heidekreis mit Sitz in Walsrode ist als staatliche Behörde zuständig für alle relevanten Aufgaben im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens (www.ortsdienst.de).

Das Gesundheitsamt Heidekreis habe in Hinblick auf die Flüchtlingsunterkunft Camp Fallingbostel in erster Linie eine beratende Funktion gehabt. Außerdem habe es Hygienepläne für die Unterkunft und konkrete Isolationsmaßnahmen erstellt, als es zu einem Anstieg von Infektionskrankheiten kam, und deren

⁷ Die folgenden Ausführungen basieren auf einem Interview mit einer/m Mitarbeiter*in des Gesundheitsamtes am Standort Bad Fallingbostel.

Einhaltung kontrolliert (Gesundheitsamt³, 8-8). Darüber hinaus habe das Gesundheitsamt Riegelungsimpfungen durchgeführt (Gesundheitsamt³, 16-18).

Wahrnehmung der Lage

Die interviewte Person des zuständigen Gesundheitsamtes beschrieb, dass sie die Lage im Camp Fallingbostel vor allem in der Anfangsphase als chaotisch und wenig strukturiert empfand (Gesundheitsamt³, 32-32). Nach dieser Phase seien die Abläufe jedoch reguliert worden, sodass nach vier bis fünf Monaten auch die Gesundheitsversorgung strukturierter abgelaufen sei (Gesundheitsamt³, 54-54). Die Ausgangslage sei dadurch geprägt gewesen, dass die allgemeine medizinische Versorgung der Bevölkerung im Landkreis bereits vor der Flüchtlingssituation 2015/2016 stark ausgelastet gewesen sei. Durch den schnellen Anstieg der zu versorgenden Personen, habe sich diese Situation noch verstärkt. Dies habe insbesondere die Bereiche der Kleinkindversorgung sowie der Behandlung psychischer Krankheitsbilder, wie der Posttraumatischen Belastungsstörung, betroffen (Gesundheitsamt³, 42-42, 105-105).

Als Herausforderung nannte die Person kulturelle Unterschiede zwischen den Schutzsuchenden und Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes. So habe es unterschiedliche Einschätzungen in Hinblick auf gesundheitliche Präventionsmaßnahmen, insbesondere der Notwendigkeit von Impfschutz, gegeben (Gesundheitsamt³, 34-34). Als positiv wurde die Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort hervorgehoben, wie Sanitäter*innen und Leitungspersonal (Gesundheitsamt³, 34-34, 62-62).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Die Maßnahmen des Gesundheitsamtes hätten sich durch ein stark situationsbezogenes Vorgehen ausgezeichnet. Da das Gesundheitsamt in erster Linie im Falle von Infektionsausbrüchen tätig geworden sei, konnten die Einsätze nicht genau geplant werden, sondern wurden in der Regel ad hoc durchgeführt. In einem solchen Fall habe das Gesundheitsamt Isolationsmaßnahmen festgelegt und im Umkreis der betroffenen Personen Impfungen durchgeführt (Gesundheitsamt³, 8-8; 16-18).

Interorganisationale Zusammenarbeit

Die interviewte Person gab an, dass das Gesundheitsamt primär mit den Betreibern des Camps Fallingbostel, dem DRK und der JUH zusammenarbeitete. Dabei seien vor allem organisatorische Fragen gemeinsam besprochen und die Arbeitsplanung abgestimmt worden. Führungsaufgaben seien klar zwischen den Akteuren aufgeteilt gewesen (Gesundheitsamt³, 24-28, 55-56).

Eine weitere Zusammenarbeit habe mit der LAB NI bestanden (Gesundheitsamt³, 28-28)(s. Abb. 6)

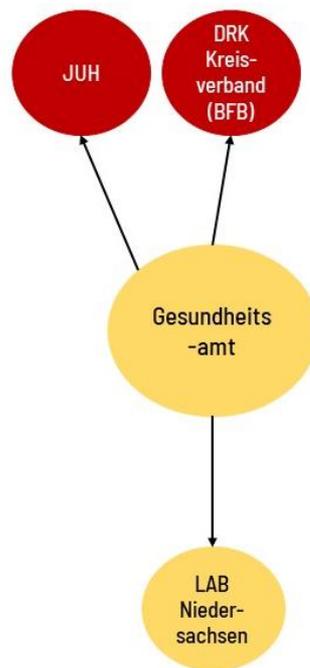


Abbildung 6: Akteure, mit denen das Gesundheitsamt am Standort Bad Fallingbostal zusammenarbeitete; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Umgang mit Wissen/ „Wissensmanagement“

Das Gesundheitsamt habe bei Bedarf auf bestehende Leitfäden zu verschiedenen krankheits- und infektionsbezogenen Themen des Robert Koch-Instituts und der Niedersächsischen Landesgesundheitsbehörde (NLGA) zurückgreifen können (Gesundheitsamt3, 85-86).

Zudem hätte es einen regelmäßigen Austausch und Besprechungen zwischen den beteiligten Akteuren gegeben, sodass notwendige Informationen miteinander geteilt werden konnten. Darüber hinaus habe das Gesundheitsamt auch an Tagungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und eines anderen Ministeriums zum Thema Flüchtlinge teilgenommen (Gesundheitsamt3, 55-56, 94-94).

4.4 Johanniter-Unfall-Hilfe⁸

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. wurde 1952 gegründet und ist eine Hilfsorganisation mit 23.000 Beschäftigten und etwa 40.000 ehrenamtlichen Helfer*innen. Der Verein ist auf Bundesebene organisiert und gliedert sich auf den weiteren Ebenen in neun Landesverbände, die sich aus Kreis- und Regionalverbänden zusammensetzen. Die Ortsverbände sind die Grundlage für die lokale Anbindung. Die Aufgaben reichen von Rettungsdienst und Krankentransport über Hausnotruf bis zu Aufgaben im Bevölkerungsschutz und der Notfallvorsorge. Im Rahmen der Flüchtlingslage hat die JUH auch Aufnahmeeinrichtungen betrieben. Die Arbeit des interviewten Akteurs bestand im Aufbau und Betrieb der ersten Struktur zur Aufnahme von Geflüchteten im „Camp Oerbke“, das den ersten Teil im „Camp Fallingbostel“ bildete.

Wahrnehmung der Lage

Die Flüchtlingslage 2015/2016 wurde von Seiten der Interviewperson der JUH als chaotisch wahrgenommen, was diese vor allem dadurch begründet, dass die Lage ungeplant und unvorbereitet eingetroffen sei. Die interviewte Person bezieht sich hier vor allem auf die ersten drei bis sechs Wochen der Lage, da sie zu dieser Zeit dort arbeitete. Weiterhin hatte der Akteur in diesem Zeitraum den Eindruck, dass die Bundesbehörden und Innenministerien selbst den Überblick verloren hätten und es dadurch zu unplanmäßigen Situationen, insbesondere in Bezug auf die Verteilung und Ankunft von neuen Geflüchteten in der Aufnahmeeinrichtung „Camp Fallingbostel“ in der Nähe zur Stadt Bad Fallingbostel, gekommen sei. Aus Sicht der eigenen Organisation bewertet der interviewte Akteur die Lagebewältigung aber als gelungen (JUH 19-19, 21-21).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Die Arbeit des interviewten Akteurs bestand im Aufbau der ersten Struktur zur Aufnahme von Geflüchteten im „Camp Oerbke“, was den ersten Teil im „Camp Fallingbostel“ bildete. Die Bewältigung der Lage wurde durch den interviewten Akteur vor allem als strukturiert beschrieben. Dies wird dadurch begründet, dass die Lage mittels der im Kontext des Katastrophenschutzes üblichen Stabsarbeit abgearbeitet wurde. Die notwendigen Akteure für die Bewältigung waren in diesem operativen Krisenstab vertreten, sodass ein geplantes und abgestimmtes Vorgehen möglich war. Weiterhin konnte auf vorhandene Konzepte zur Unterbringung von einer großen Anzahl von Personen, wie sie etwa Anwendung bei Evakuierungen aufgrund von Bombenfunden eingesetzt werden, zurückgegriffen werden. Darin ist auch die Identifizierung von Kranken und Verletzten sowie die Registrierung der Personen vorgesehen, was auch bei der Flüchtlingslage 2015/16 notwendig war (JUH, 09-09, 11-11). Mit Blick auf einzelne Aufgaben sei

⁸ Die folgenden Ausführungen zur Perspektive der Hilfsorganisation JUH basieren auf einem Interview mit einer am Standort Bad Fallingbostel tätigen Führungskraft.

allerdings auch improvisiert worden, bspw. bei der Organisation von Dolmetscher*innen (JUH, 15-15, 69-69).

Interorganisationale Zusammenarbeit

Im Rahmen der Stabsarbeit, die sich dem Zusammenarbeitstyp der Koordination zuordnen lässt, hat der interviewte Akteur mit einer Vielzahl von weiteren Akteuren zusammengearbeitet. Darunter waren vor allem die klassischen Hilfsorganisationen (bspw. THW) und weitere ehrenamtliche Helfer*innen der eigenen Organisation. Weiterhin wurde zu Beginn die Essensversorgung mit Hilfe der BW organisiert. Zur Informationsbeschaffung und Klärung von Fragen tauschte sich der Akteur direkt mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport aus und pflegte weiterhin einen Informationsaustausch mit der Polizei (JUH, 03-03, 17-17, 21-21, 28-29). Bei einer erwarteten Ankunft einer größeren Anzahl von Geflüchteten wurden zusätzlich die örtlichen Feuerwehrebereitschaften und das DRK alarmiert (JUH, 03-03). Auch die Entwicklung des Engagements der Bevölkerung wurde vom Stab teilweise begleitet. Es wurde Kontakt zur örtlichen Kirche und einer Gruppe von Dolmetscher*innen gehalten, die sich aus Ehrenamtlichen gebildet hatten (JUH, 35-35, 39-39) (s. Abb. 7).

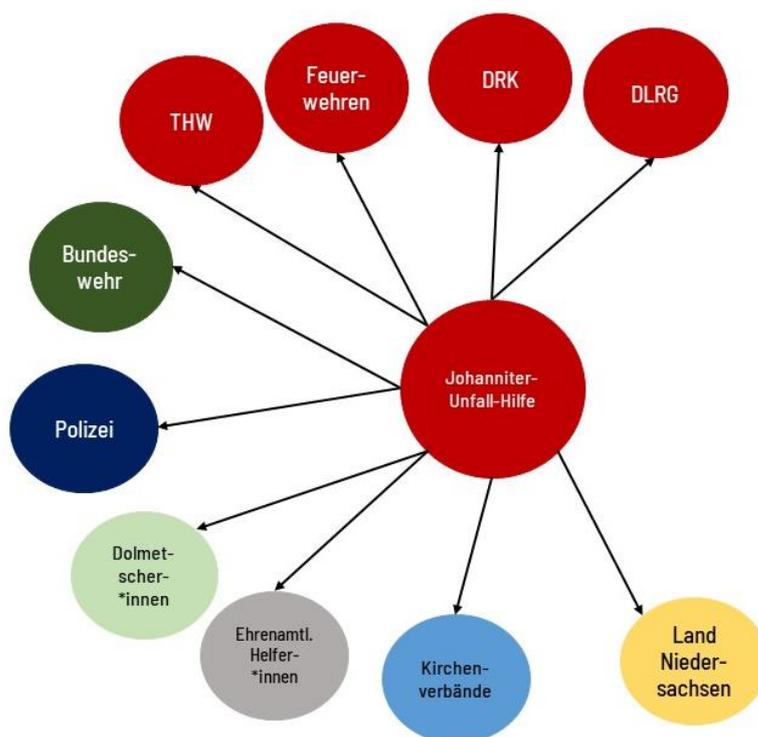


Abbildung 7: Akteure, mit denen die Johanniter-Unfall-Hilfe am Standort Bad Fallingbostal zusammengearbeiteten; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Insgesamt wird die Zusammenarbeit durch den Akteur in Form der Stabsarbeit als positiv bewertet. Kritisiert wird die Weitergabe von Informationen vom Bund an die Ministerien, die dann erst mit großer Zeitverzögerung im Stab zur Verfügung standen. (JUH, 21-21, 31-31)

Auch der Umgang mit Informationen sei laut Akteur durch die formalisierte Stabsarbeit geprägt gewesen. Gesammelte und aufbereitete Informationen wurden durch die involvierten Akteure im Rahmen der Stabsarbeit mittels Lagebesprechungen allen zur Verfügung gestellt. Als primäre Informationsquellen außerhalb des Stabes wurden vor allem das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport und die Polizei benannt. (JUH, 21-21, 28-29)

Im Zuge der Stabsarbeit erfolgte standardmäßig auch eine Dokumentation der Arbeit in Form von Einsatzprotokollen und eine Dokumentation, welche Meldungen im Stab ankommen und herausgegeben wurden. Eine strukturierte Nachbereitung war nicht Teil dieses Prozesses. (JUH, 63-63)

Zurückgreifen konnte der Akteur auch auf theoretisches Wissen zu Konzepten, die bei Evakuierungen im Rahmen von Bombenfunden angewendet werden, da auch dort viele Menschen untergebracht und versorgt werden müssen. Das Besondere in dieser Lage war allerdings die Dauer, wodurch eine längerfristige Planung und Dimensionierung notwendig wurde. (JUH, 09-09, 12-13)

Organisationsübergreifend erfolgte der Wissensaustausch in Form von regelmäßigen Lagebesprechungen im Rahmen der Stabsarbeit. Der Interviewte hebt besonders hervor, dass die beteiligten Akteure sich gegenseitig schon sehr gut gekannt und ähnliche Arbeitsweisen zugrunde gelegen hätten. Teilweise seien sogar die gleichen Ausbildungsschulen besucht worden, was die Zusammenarbeit erleichtert hätte. (JUH, 28-29, 55-55)

4.5 Kommunalverwaltung bzw. Stadt Bad Fallingbostal⁹

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Die interviewten Akteure der Kommunalverwaltung setzten sich zusammen aus Mitarbeiter*innen der Stadt Bad Fallingbostal und des Gemeindefreien Bezirks Osterheide, mit Verwaltungssitz in Oerbke. Die Kommunalverwaltungen hatten keine Zuständigkeit für den Betrieb des Aufnahmeeinrichtung, da diese unter der Verantwortung des Landes und damit des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen stand. Einzig die Registrierung der Personen in der Stadt fiel in den Verantwortungsbereich der Kommunalverwaltungen. Die Rolle des Akteurs im weiteren Verlauf der Lage ergab sich aus der räumlichen Nähe zur Aufnahmeeinrichtung als nächstgrößere Stadt, in der sich auch die Geflüchteten aufhielten. Daher übernahmen Sie dann die Aufgabe die Öffentlichkeit zu informieren und Pressearbeit zu leisten.

⁹ Die folgenden Ausführungen zur Perspektive der Kommunalverwaltung basieren auf zwei Interviews mit Mitarbeiter*innen der Stadt Bad Fallingbostal und der Bezirksvertretung Osterheide.

Wahrnehmung der Lage

Die Wahrnehmung der Lage durch die interviewten Akteure der Kommunalverwaltung war geprägt durch die guten vorherrschenden strukturellen Bedingungen der Örtlichkeit für die Aufnahme von Geflüchteten. Das „Camp Fallingbostal“, wie es umgangssprachlich genannt wird, ist auf einem Truppenübungsplatz angesiedelt, der bis Sommer 2015 durch britische Soldaten und die NATO genutzt wurde. Die existierende Infrastruktur, d.h. vorhandene, teilweise möblierte Kasernengebäude, konnten zur menschenwürdigen Unterbringung der Geflüchteten genutzt werden. Weiterhin war viel Platz auf dem Gelände verfügbar, sodass auch ausreichend Freiraum für Freizeitaktivitäten und ähnliches vorhanden war. (Verwaltung2, 15-15, 25-25) Diese Bedingungen führten dazu, dass die Lage durch die Akteure im Allgemeinen als „positiv“ bzw. „bewältigbar“ wahrgenommen wurde. (Verwaltung1, 72-72)

Die Wahrnehmung der interviewten Verwaltungsakteure wurde weiterhin im Besonderen durch die Wahrnehmung der Bevölkerung beeinflusst. Die Kommunalverwaltungen (von Bad Fallingbostal und Oerbke) hatten nur eine einzelne originäre Aufgabe bei der Bewältigung der Lage und zwar die melderechtliche Erfassung der Geflüchteten durch den Gemeindefreien Bezirk Osterheide in Oerbke. Die Einrichtung selbst wurde durch das Land Niedersachsen bzw. das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport verwaltet, was damit für Aufbau und Betrieb verantwortlich war. Die Kommunalverwaltungen bildeten allerdings die Schnittstelle zu der Bevölkerung. Die nächstgrößere Ortschaft am „Camp Fallingbostal“ ist die Stadt Bad Fallingbostal in ca. 2 km Entfernung, wodurch sich häufig eine große Anzahl an Geflüchteten in der Stadt aufhielten und das Stadtbild beeinflussten. Die Kommunalverwaltung stand daher in der Verantwortung, Akzeptanz in der Bevölkerung für die große Anzahl an Personen zu erzeugen. Auch dies wird durch die interviewten Personen allerdings als gelungen bewertet. Im längeren Verlauf der Lage wären die Sorgen in der Bevölkerung gewachsen, aber auch dies sei nicht als problematisch wahrgenommen worden (Verwaltung1, 12-12, 16-16, 20-20; Verwaltung2, 7-7, 21-21, 45-45, 73-73).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Die Strategie der Kommunalverwaltungsakteure, die selbst nicht an der Lagebewältigung im „Camp Fallingbostal“ beteiligt waren, sondern den Kontakt zur Bevölkerung und zu Pressevertreter*innen sicherstellten, basierte vor allem auf Improvisation und Ad-hoc-Maßnahmen. So wurden Informationsveranstaltungen für die Bürger*innen kurzfristig organisiert und die Verwaltungsprozesse bspw. bei der Einstellung von neuen Mitarbeiter*innen ad hoc angepasst (Verwaltung1, 26-26; Verwaltung2, 49-49, 73-73).

Interorganisationale Zusammenarbeit

Die Kommunalverwaltung in Bad Fallingbostal arbeitete mit einer Vielzahl von Akteuren zusammen (siehe dazu Abschnitt 3 in der Fallstudie). Eine Besonderheit ergab sich für die Kommunalverwaltung aufgrund der Zuständigkeit. Diese lag für die Landesaufnahmebehörde beim Land Niedersachsen. Die Kommunalverwaltung sei zwar durch das Land Niedersachsen über die Unterbringung in der Einrichtung informiert worden (Verwaltung1, 07-07), war aber nicht für die Prozesse zur Lagebewältigung in der

Aufnahmeeinrichtung verantwortlich bzw. in diese integriert. Die Kommunalverwaltung sei dadurch zunächst von den anderen Organisationen nicht als zentraler Akteur der Lagebewältigung wahrgenommen worden und dadurch auch nicht am Informationsfluss zwischen den anderen Organisationen beteiligt gewesen (Verwaltung1 26-26). Die Rolle der Kommunalverwaltung lag vor allem in der Information der Bevölkerung in Bad Fallingbostal und weiterhin in der Presse- und Medienarbeit (Verwaltung1, 08-08, Verwaltung2, 45-45). Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, waren verlässliche Informationen zur Lage in der Aufnahmeeinrichtung notwendig. Dafür vernetzten sich die interviewten Akteure vor allem durch Eigeninitiative mit den anderen Akteuren. Dabei habe der persönliche informelle Kontakt im Vordergrund gestanden. Bedingt durch die ländlichen Strukturen waren sich einige Akteure auch schon untereinander im Vorhinein bekannt und ein vertrauensvoller Umgang mit den Informationen sei gewährleistet gewesen. (Verwaltung1, 22-22, 26-26; Verwaltung2, 73-73). Besonders hervorgehoben wird dabei der direkte Kontakt zum Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, welches Informationen für alle Beteiligten bereitstellte, sowie die Absprachen mit der Polizei, die Bürgerveranstaltungen begleitete und die Verwaltung über Vorfälle mit Geflüchteten in der Stadt informierte. (Verwaltung1, 10-10, 16-16)

Im weiteren Verlauf wurde die Verwaltung auch zu einer regelmäßig stattfindenden Gesprächsrunde (Jour fixe) eingeladen, an dem eine Vielzahl der beteiligten Akteure teilnahm. Dieser Termin überdauerte auch die akute Flüchtlingssituation 2015/2016 (Verwaltung1, 16-16).

Eine besondere Form der Zusammenarbeit ergab sich zwischen der Stadt Bad Fallingbostal, dem Land Niedersachsen und der Kirche. Diese schafften mit gemeinsamen finanziellen Mitteln eine Stelle für eine*n „Brückenbauer*in“. Diese Person sollte Verständnis in der Bevölkerung für die Geflüchteten erzeugen und Aufklärungsarbeit leisten, aber auch als Ansprechpartner*in für die Bedürfnisse der Geflüchteten dienen. Diese Person bat auch Sprechstunden im „Camp Fallingbostal“ an. (Verwaltung1, 31-32)(s. Abb. 8)

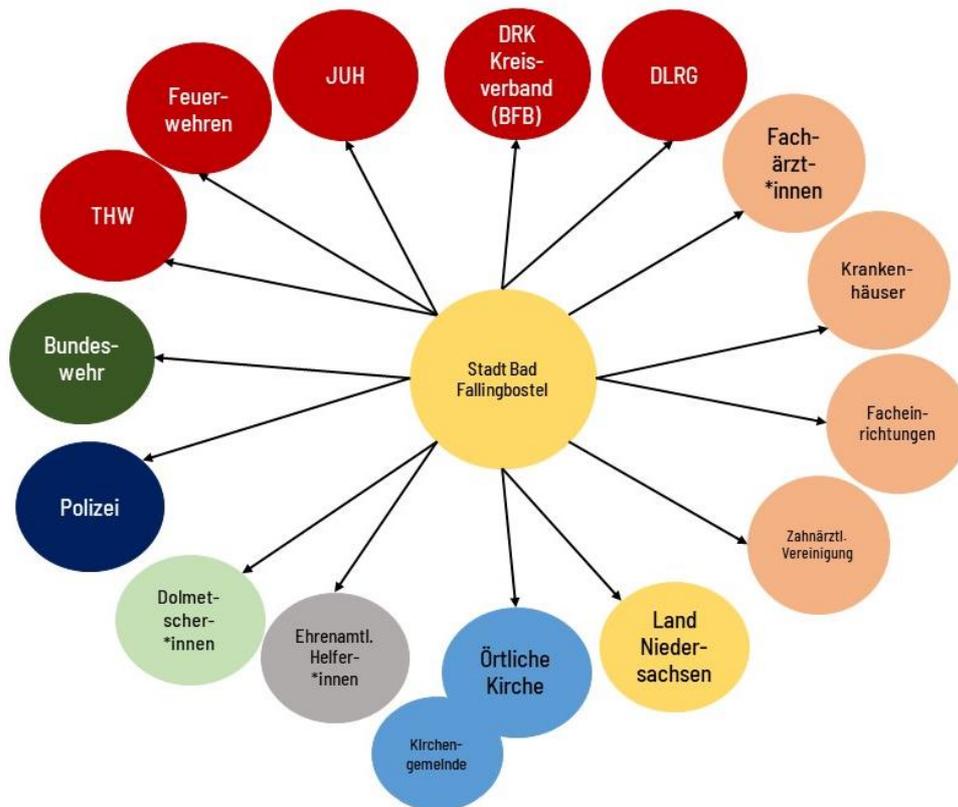


Abbildung 8: Akteure, mit denen die Kommunalverwaltung am Standort Bad Fallingbostal zusammenarbeitete; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Entscheidend für die gute Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen äußerten die interviewten Verwaltungsakteure vor allem den häufig informalen, persönlichen und vertrauensvollen Kontakt zu den beteiligten Akteuren, der durch bereits vorhandene gewachsene Strukturen ermöglicht worden sei. (Verwaltung1, 10-10, 16-16) Als negativ wurde bewertet, dass die Kommunalverwaltung durch die anderen Akteure zunächst als nicht essentiell wahrgenommen und damit nicht in die Informationsflüsse integriert worden sei. (Verwaltung2, 61-61, 63-63)

Umgang mit Wissen/ „Wissensmanagement“

Die interviewten Verwaltungsakteure berichteten, dass sie keine Informationen oder Materialien gehabt hätten, auf die sie hätten zurückgreifen können. Vereinzelt haben die Akteure gerade zu Beginn mit Ortskenntnissen zum Kasernengelände unterstützen können. (Verwaltung2, 41-41, 83-83)

Die bevorzugte Art der Informationsbeschaffung sei für die Verwaltung der persönliche informelle Kontakt gewesen. Dies sei notwendig gewesen, weil die Kommunalverwaltung zunächst nicht als essentiell wahrgenommen und in die Prozesse der Lagebewältigung in der Einrichtung integriert worden wäre. Die Beschaffung der Informationen diene primär zur Information der Bevölkerung und für die Pressearbeit, da die Kommunalverwaltung die Schnittstelle zur Bevölkerung bildete und Presseanfragen häufig an die Stadt Bad Fallingbostal herangetragen wurden. (Verwaltung2, 50-51, 55-55)

Organisationsübergreifend wurden teilweise Besprechungen abgehalten, wo aber zunächst keine Protokolle, sondern nur eigene Notizen angefertigt worden seien (Verwaltung2, 99-99).

Im Nachgang wurde das Wissen nur vereinzelt in Form von aufbereiteten Präsentationen gesichert (Verwaltung1, 56-56; Verwaltung2, 09-09).

4.6 Polizei¹⁰

Allgemeine Beschreibung des Akteurs und der Aufgaben

Das Polizeikommissariat Bad Fallingbostal gehört zur Polizeiinspektion Heidekreis und ist für die Stadt Bad Fallingbostal, den gemeindefreien Bezirk Osterheide sowie für die anliegende Autobahnstrecke zuständig (Polizeidirektion Lüneburg 2020). Ab 2015 erhielt die Dienststelle schließlich zusätzliche Aufgabengebiete im Rahmen der Erstaufnahmeeinrichtung im Camp Oerbke, die mit der Einrichtung und Betreuung von Flüchtlingsunterkünften einhergingen. Dies stellte für die Polizeiorganisation demnach zunächst gänzlich neue Themengebiete dar (POLIZEI2, 6-6).

Wahrnehmung der Lage

Aus Sicht der befragten Interviewpersonen der Polizei, sei es in der Bevölkerung der Kreisstadt Bad Fallingbostal trotz einer positiven Stimmung zu Beginn der Flüchtlingssituation, zunächst gleichzeitig auch zu einigen Ängsten und Unsicherheiten gekommen. Einerseits sei der Kurort, bedingt durch den Tourismus in der Region und die jahrelange Präsenz des britischen Militärs, die Anwesenheit und den Umgang mit Fremden gewohnt. Andererseits habe die Situation 2015/16 die kleine Stadt nochmals auf eine andere Art und Weise geprägt und das Leben im Ort sowie alle Institutionen vor neue Herausforderungen gestellt (Polizei4, 8-8; Polizei2, 56-56, 16-16). Insgesamt habe durch die Flüchtlingssituation 2015 in vielen Bereichen in Bad Fallingbostal zunächst Überforderung geherrscht. So hätten zu Anfang der Lage an vielen Stellen die notwendigen Mittel gefehlt, u.a. Einrichtungsgegenstände und Utensilien. Daraufhin sei die Bereitschaft in der Bevölkerung groß gewesen, Hilfe zu leisten und beispielsweise Kleidung und Spielsachen für Geflüchtete abzugeben. Probleme und Auseinandersetzungen hätten sich jedoch dadurch ergeben, dass ebendiese Bürger*innen dafür das Unterkunftsgelände betreten wollten. Dies war jedoch nicht ohne weiteres möglich, da es sich um einen militärischen Sicherheitsbereich handelt (Polizei4, 16-16, 14-14).

Insgesamt sei es während der Lage immer wieder zu vielfältigen Konfliktpotentialen und Auseinandersetzungen gekommen (Polizei4, 14-14). Ein Problem, das sich diesbezüglich bis heute immer wieder stelle, sei ein teilweise erheblicher Alkoholkonsum bei untergebrachten Personen auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung (Polizei3, 20-20). Unter anderem deshalb sei ein regelmäßiger polizeilicher Streifendienst auf dem Unterkunftsgelände eingerichtet worden (Polizei4, 14-14). Hinsichtlich der Konfliktpotentiale wird ein Vorteil vor allem in der großzügigen baulichen Struktur des

¹⁰ Die folgenden Ausführungen zur polizeilichen Perspektive basieren auf vier Interviews mit Polizeikräften aus Niedersachsen, welche in der Lagebewältigung rund um die Aufnahmeeinrichtung Bad Fallingbostal eingebunden waren.

Unterkunftsgeländes gesehen, da eine räumliche Trennung unterschiedlicher Personengruppen dadurch leichter möglich gewesen sei (Polizei2, 52-52). Vor allem zu Anfang der Lage sei es zudem zu einer Vielzahl von Diebstahldelikten durch Geflüchtete gekommen, bspw. in Supermärkten (Polizei4, 14-14). Im Fall solcher Delikte seien für die Polizei vor allem Identitätsfeststellungen oftmals schwierig gewesen, da die Asylsuchenden keine Lichtbildausweise besessen hätten. Solche Ausweise wurden ihnen im Registrierungsprozess nicht ausgestellt. Insgesamt sei es allerdings in Relation zur Gesamtbevölkerung kaum zu schwerwiegenden Straftatbeständen durch Geflüchtete gekommen (Polizei2, 16-16).

Unsicherheiten hätten sich beispielsweise im Umgang mit Geflüchteten ergeben, da anzunehmen ist, dass viele der Asylsuchenden negative Erfahrungen mit Polizei in Heimatländern und auf der Flucht gemacht haben. Entsprechend sei von den Beamt*innen in Bad Fallingbostal versucht worden das positive Bild einer unterstützenden und helfenden Polizei zu vermitteln. Zudem seien auch bei Polizeibeamt*innen Unsicherheiten entstanden, da zu Beginn der Situation unklar war, wie viele Geflüchtete in Bad Fallingbostal ankommen würden und ob sich darunter unter Umständen auch extremistische Personen befinden können. Des Weiteren seien Fragen aufgekommen, wie beispielsweise in Fällen von und zum Schutz vor übertragbaren Erkrankungen gehandelt werden müsse (Polizei4, 16-16, 12-14).

Außerdem hätten sich durch die Sprachbarriere zwischen Geflüchteten und Polizeibeamt*innen teilweise erhebliche Schwierigkeiten in der Kommunikation ergeben, da Sprachmittler*innen nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestanden haben und einige Sprachen oder Dialekte überhaupt nicht durch die zur Verfügung stehenden Dolmetscher*innen abgedeckt werden konnten (Polizei1, 106-106). Zudem hätten sich durch die Sprachbarriere Probleme bezüglich der Weitergabe von Informationen von Geflüchteten an die Polizei ergeben, wenn diese beispielsweise Hilfe benötigten (Polizei4, 32-32).

Eigene Organisation: Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen

Die Polizei in Bad Fallingbostal habe im Frühjahr 2015 nach der Bekanntgabe, dass das Camp Oerbke zur Unterbringung von Geflüchteten eingesetzt wird, erste Überlegungen zur möglichen Vorgehensweise bezüglich der dadurch neuen Aufgabe angestellt. Dabei sei versucht worden alle Aspekte, Beteiligte und Partnerorganisationen im Blick zu haben. Polizeiintern seien zudem unterschiedliche sicherheitsrelevante Szenarien vorgedacht worden, um personell und strategisch besser planen zu können und Handlungssicherheit hinsichtlich der neuen Aufgabenbereiche zu gewinnen (Polizei4, 10-10, 16-16). In Besprechungen seien dabei auch etwaige Unklarheiten und Unsicherheiten bzgl. rechtlicher Fragen und interkultureller Sensibilität im Umgang mit Geflüchteten berücksichtigt worden. Aufgrund fehlender Vorerfahrung zu diesen Themen habe sich die Dienststelle die Richtlinien und Vorgehensweisen diesbezüglich ad hoc erarbeiten müssen (Polizei1, 14-14). Zum Hauptaufgabenbereich der Polizei Bad Fallingbostal gehört regulär die nahegelegene Autobahn und damit zusammenhängende Verkehrsverstöße bzw. Unfallgeschehen zu bearbeiten. Die Erstaufnahmeeinrichtung in dem Camp Oerbke musste demnach verhältnismäßig spontan zusätzlich zum bisherigen Alltagsbetrieb betreut werden (Polizei2, 6-6, 24-24).

Aufgrund der Mehrarbeit für die Polizei durch die eingerichtete Erstaufnahmeeinrichtung im Camp Oerbke und zusätzlich aufkommende Demonstrationen in der Bevölkerung wurde eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) geschaffen. Eigens für die Belange rund um das Camp wurde zudem eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, die sich aus bereits bestehendem Personal der Dienststelle zusammensetzte (Polizei3, 73-74, 80-80). Eine solche zentrale Ermittlung für jede Erstaufnahmeeinrichtung bereitzustellen, sei für Polizeiorganisationen in Niedersachsen verpflichtend

(Polizei2, 47-48). Aufgabe dieser recht kleinen Einheit sei es, sich mit Kriminalität rund um das Camp und in Zusammenhang mit Geflüchteten zu befassen (Polizei3, 80-80). Eine wichtige Funktion der Ermittlungsgruppe habe zu Anfang der Lage 2015 die Erkundung des ehemaligen NATO-Geländes, auf dem die Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet wurden, dargestellt. Dies sei vor allem wichtig gewesen, um erstens zu wissen, in welchen Räumlichkeiten andere Organisationen zu finden sind, und zweitens, wie das Areal grundsätzlich strukturiert ist, um beispielsweise bei Auseinandersetzungen möglichst schnell an entsprechenden Orten sein zu können (Polizei2, 24-24). Des Weiteren habe sich die bis heute bestehende Ermittlungsgruppe vor Ort fortwährend mit anderen Organisationen ausgetauscht, auf diese Weise relevante Informationen eingeholt (Polizei1, 63-64) und als polizeilicher Ansprechpartner fungiert (Polizei2, 6-6). Diese Struktur habe die zu Anfang der Lage überlastete Polizeidienststelle in Bad Fallingbostal erheblich entlastet (Polizei2, 47-48). Insgesamt sei allerdings darauf geachtet worden, die Arbeit der Polizei sowohl außerhalb, als auch innerhalb des Camps möglichst in ihrem regulären Aufgabenbereich zu belassen und nur bei Erforderlichkeit Unterstützung durch umliegende Dienststellen hinzuzuziehen (Polizei3, 10-10).

Eine dauerhafte Polizeipräsenz in Form von eigenen Räumlichkeiten auf dem Unterkunftsgelände im Camp Oerbke gibt es bis in die Gegenwart nicht. Dies sei eine bewusste Entscheidung gewesen. Hintergrund hierfür sei, dass die Polizei dadurch im Bereich der Unterkunft regulär agiere und nur bei Anforderung, bzw. wenn die Notwendigkeit bestehe, einschreite. Konflikte hätten somit zunächst auch die Chance eigenständig bzw. ohne den Akteur Polizei geklärt zu werden (Polizei4, 20-20). Des Weiteren könnten viele Streitigkeiten auch durch Vertreter*innen anderer Organisationen befriedet werden, vor allem dann, wenn es in erster Linie um die Gesprächsführung zur Deeskalation einer Situation gehe. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass dies neben dem Tagesgeschäft der Polizei personell langfristig nicht zu stemmen sei (Polizei2, 42-42; Polizei1, 60-60). Retrospektiv betrachtet sei dieses Vorgehen nicht nachteilig für das Zusammenleben auf dem Unterkunftsgelände gewesen, sondern lediglich hinsichtlich dokumentierter Straftaten wäre die Rate vermutlich mit dauerhafter Präsenz höher gewesen (Polizei4, 20-20).

Weitere in den Interviews genannte Erfahrungen aus 2015/2016 beziehen sich auf Kommunikationswege und -formen mit Geflüchteten. Dabei zeigt sich, dass unterschiedliche Situationen aufkamen, die ad hoc zielführende Lösungen bei der Vermittlung von Sachverhalten erfordert hätten. Beispielsweise seien viele der angekommenen Menschen noch nicht mit den Straßenschildern und Verkehrsregeln in Deutschland vertraut gewesen, was zu Problemen bei der Fortbewegung Geflüchteter geführt habe, besonders da zwischen der Stadt Bad Fallingbostal und dem Unterkunftsgelände die Autobahn liege. So sei es des Öfteren vorgekommen, dass sich Geflüchtete zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf der Autobahn bewegten. Da viele der Geflüchteten oftmals kein Deutsch verstanden, seien zusätzlich zur Weitergabe von Aufklärungsflyern in unterschiedlichen Sprachen auch Straßenschilder mit universell verständlichen Piktogrammen am Straßenrand angebracht worden (Polizei1, 17-18). Insgesamt habe es für die Polizeibeamt*innen bei der Bewältigung der Lage und in Bezug auf den regelmäßigen Umgang mit Geflüchteten gegolten immer wieder spontan, situativ und sensibel auf unterschiedliche Situationen zu reagieren. Denn ein ausschließliches Vertrauen auf die Anwendung gängiger polizeilicher Konzepte sei nicht immer zielführend gewesen (Polizei3, 12-12). Das sei auch bei der Vermittlung zwischen Bewohner*innen der Stadt und den Geflüchteten zu berücksichtigen gewesen, beispielsweise beim Aufkommen von Missverständnissen und Konflikten (Polizei1, 17-18).

Förderlich für die interorganisationale Zusammenarbeit sowie für das Einholen von aktuellen Informationen vor Ort während der Flüchtlingslage 2015/2016 sei die polizeilich eingerichtete Ermittlungsgruppe gewesen (Polizei2, 24-24). Mindestens einer der Vertreter*innen der Polizei sei dafür zuständig gewesen sich in Besprechungen auf dem Gelände mit Vertreter*innen anderer Organisationen zu unterschiedlichen Belangen abzustimmen. Diese Absprachen hätten sowohl innerhalb von fixen regelmäßigen Treffen stattgefunden als auch über spontane Kontaktaufnahmen. Insbesondere zu Anfang der Lage habe dies nahezu täglich stattgefunden (Polizei1, 42-44). Zum Zeitpunkt des Interviews (Stand Herbst 2019) habe es einen zweiwöchig terminierten Jour fixe auf Sachbearbeitungsebene gegeben, um das gemeinsame Vorgehen mit anderen Akteuren abzustimmen (Polizei4, 14-14). Der persönliche Austausch habe dabei auch dem Aufbau von Vertrauen und Verbindlichkeit gedient (Polizei2, 44-44).

Als erfolgskritische Faktoren bei der Bewältigung von Einsatzlagen werden von den interviewten Polizeibeamt*innen Offenheit und gegenseitiges Verständnis der Organisationen untereinander genannt (Polizei1, 51-52; Polizei4, 18-18). Dies habe 2015/2016 hinsichtlich des Austauschs von Informationen sehr gut funktioniert. So sei es des Öfteren auch zu einer schnellen und unbürokratischen Weitergabe relevanter Informationen gekommen, z.B. bzgl. des Geländes (Polizei2, 32-32). Der Fokus auf das gemeinsame Ziel, die Lage zu bewältigen und die ankommenden Menschen zu versorgen sowie eine Unterkunft zu bieten, habe dabei bei allen Beteiligten im Vordergrund gestanden. Im Gegensatz hierzu hätten die trägen und langwierigen Abläufe zwischen Bund und Land zu Anfang der Lage ein effizientes Arbeiten erschwert (Polizei1, 52-52). Die direkte Zusammenarbeit und Absprachen mit Vertreter*innen des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport hätten sich hingegen flexibler gestaltet (Polizei4, 12-12).

Als wichtigste Partner für die Polizei in Bad Fallingbostel während der Flüchtlingslage 2015/2016 werden neben der Landesaufnahmebehörde (LAB) unter anderem das DRK und die JUH in ihrer Funktion als Unterkinftsbetreiber genannt (Polizei1, 12-14, 32-32; Polizei4, 16-16). Der Kontakt und das Verhältnis zu Unterkinftsbetreibern werden von den Interviewpartner*innen in der Zusammenarbeit insgesamt als Schlüssel zum Erfolg bewertet. Dies sei bei der Umsetzung sicherheitsrelevanter Maßnahmen und Konzepte von besonderer Bedeutung gewesen, wie beispielsweise bei der Einrichtung eines Frauenhauses auf dem Gelände oder der Erstellung von vorübergehenden Hausausweisen zur Erleichterung der Identifizierung der in den Unterkinften untergebrachten Personen (Polizei4, 16-16; Polizei1, 41-44). Zu einer engen Zusammenarbeit sei es auch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft hinsichtlich ausländerrechtlicher Fragestellungen gekommen, da sich diese in manchen Fällen komplex gestaltet hätten. Dabei seien auch Konzepte für Übergangslösungen bis zur Registrierung von Personen gemeinsam mit dem Landkreis und der Kommune entwickelt worden, indem beispielsweise Namenslisten und vorübergehende Hausausweise angefertigt wurden (Polizei4, 12-12).

Eine weitere wichtige und hilfreiche Partnerorganisation sei das BW-Dienstleistungszentrum gewesen. Dieses hätte andere Organisationen tatkräftig unterstützt und insbesondere bei der Ausstattung der anfangs komplett leeren Zimmer in den Unterkinften geholfen. Hierbei seien die beteiligten Organisationen ebenso auf die Sachspenden aus der Bevölkerung angewiesen gewesen, um eine Einrichtung der Gebäude zu ermöglichen (Polizei1, 12-16, 32-32, 14-16). Möglichkeiten für eine effiziente Zusammenarbeit während der Lage 2015/16 hätten sich dadurch ergeben, dass sich die LAB Personal der Polizei sowie anderer Institutionen wie beispielsweise der Staatskanzlei durch Amtshilfeersuchen „leihen“

konnte, um vorübergehend bei der Registrierung von Flüchtlingen zu unterstützen (Polizei3, 78-78). (s. Abb. 9)



Abbildung 9: Akteure, mit denen die Polizei am Standort Bad Fallingbostal zusammenarbeitet; eigene Darstellung auf Basis der Interviewdaten

Aufgrund eines hohen Bedarfs an privatem Sicherheitspersonal in Erstaufnahmeeinrichtungen 2015/2016 sei es immer wieder zu Problemen mit Mitarbeiter*innen in diesem Bereich gekommen, die beispielsweise eine Nähe zu extremistischen oder kriminellen Strukturen aufwiesen. Dadurch sei eine nachträgliche polizeiliche Überprüfung und das „Herausfiltern“ solcher Personen notwendig gewesen (Polizei1, 30-30; Polizei4, 14-14). Auch dadurch habe es zu Anfang der Lage mehrere Wochen gedauert bis qualifiziertes und zertifiziertes Sicherheitspersonal zur Verfügung stand. Ein solch gut qualifiziertes Personal sei wichtig gewesen, um adäquat auf die hohe Anzahl ankommender Menschen reagieren zu können und Konflikte zwischen den Bewohner*innen beispielsweise während der Essensausgabe zu vermeiden (Polizei1, 26-16). Eine ähnliche Problematik habe es teilweise auch bei einer Hilfsorganisation (Polizei4, 14-14) und unter den dringend benötigten Sprachmittler*innen gegeben (Polizei1, 106-106). Die genannten Probleme hätten sich jedoch lediglich auf das zu dieser Zeit aufgestockte Personal und nicht auf die Leitungsebene der Sicherheitsdienste bezogen (Polizei4, 14-14). Auf dieser Ebene könne die Zusammenarbeit hinsichtlich Absprachen und Kommunikation als positiv (Polizei3, 28-28) und von Anfang an mit der Polizei gut vernetzt beschrieben werden (Polizei4, 14-14).

Ein Aspekt, der laut den interviewten Polizeibeamt*innen insbesondere nach der Lage 2015/2016 als wichtig erachtet wird, sei der offene und transparente Umgang mit Vertreter*innen von Medien und Politik. Zu Beginn der Situation 2015/2016 seien oft keine oder zu wenige Informationen über die Bewohner*innen der Notunterkünfte an die Bürger*innen kommuniziert worden. Dies habe Gerüchten über kriminelle Geflüchtete in der Bevölkerung Vorschub geleistet, die zu einer negativen öffentlichen Stimmung beitragen. Entsprechend sei die Polizei dann relativ schnell auf Anraten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport dem Grundsatz gefolgt, die Bevölkerung immer aus erster Quelle und

objektiv zu informieren. Hierfür sei neben der Veröffentlichung unterjähriger Kriminalitätsstatistiken auch gezielt anonymisiert offengelegt worden, welche und wie viele Straftaten sich durch die in der Unterkunft lebenden Geflüchteten ereigneten und diese wurden in Relation zur sonstigen Bevölkerung gestellt. Ziel dieses Vorgehens sei es also gewesen, konkret auf Ängste und Sorgen von Bürger*innen einzugehen. Dabei scheint es aus Sicht einer Interviewten Person von besonderer Bedeutung, dass gerade die Polizei als Sicherheitsakteur die Ängste der Menschen aufgreift. Insbesondere Bürgerversammlungen, in denen alle Organisationen Rede und Antwort standen, werden als zielführend wahrgenommen beschrieben (Polizei4, 39-40, 55-56, 14-14).

Bezogen auf die generelle Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wird von den Interviewpartner*innen betont, dass die Polizei deutlich machen sollte, was sie leisten könne, was nicht und vor allem wo sie am besten einzusetzen sei. Es bedürfe demnach einer klaren Sichtweise anderer Akteure über die Rolle der Polizei. Hierbei wird der Eindruck wiedergegeben, dass die Polizei oftmals in Bereichen tätig sein musste, in denen eigentlich andere Organisationen, z.B. der private Sicherheitsdienst ihr Aufgabenfeld hätten (Polizei1, 78-78). Ebenso gelte es, Hemmungen anderer Organisationen gegenüber der Polizei abzubauen, beispielsweise bei der Einbeziehung bezüglich Verdachtsfällen in Bezug auf Straftaten. Zudem solle vermittelt werden, in welchen Bereichen der Prävention die Polizei sinnvoll tätig werden könne. Auf die Frage, was andere Organisationen hinsichtlich einer Lage wie 2015/2016 lernen könnten, wird insgesamt ein gewisser Handlungspragmatismus genannt. (Polizei4, 24-24, 22-22). Dieser beziehe sich insbesondere auch auf das Treffen von Entscheidungen und die Umsetzung von Maßnahmen, wenn dies erforderlich sei (Polizei1, 58-58).

Wichtig sei zudem ein frühzeitiger zielgerichteter Informationsaustausch mit allen beteiligten Organisationen bzw. Institutionen. Hierzu zähle zukünftig vor allem auch von vorneherein eine Konzeption zu haben, die neben einer Finanzierung der Belange (Polizei1, 93-94, 102-102) die Zuständigkeiten und Kompetenzen unterschiedlicher Akteure in einer Flüchtlingslage wie 2015/2016 aufzeigen und festlegen. Hierbei sollten laut Interviewpersonen die Kernkompetenzen aller Organisationen miteinbezogen werden, um diese abgleichen und entsprechend effizient einbringen zu können. Beispielsweise habe sich das BW-Dienstleistungszentrum während der Lage 2015/2016 beim Aufbau von Betten als sehr geeignet erwiesen, da diese die dafür notwendige und schnell zu akquirierende Personalstärke besitze. Das Technische Hilfswerk (THW) wiederum habe sich bewährt, wenn es darum ging die technische Ausstattung der Unterkunft zu gewährleisten, beispielsweise was die Beleuchtung oder die Einrichtung von Notfalltelefonen auf den Gängen anging. Das Zusammenführen dieser unterschiedlichen Kompetenzen, ohne Berührungängste und ohne sich dabei zu stark auf die vermeintlich offizielle Amtsbezeichnung der jeweiligen Organisationmitglieder*innen zu fokussieren, sei ein zielführendes Vorgehen bei einer solchen Lagebewältigung (Polizei4, 26-26).

Umgang mit Wissen/ „Wissensmanagement“

Ein Großteil des Wissens und der Informationen, die für die Bewältigung der Einsatzlage 2015/2016 notwendig war, musste von der Polizei in Bad Fallingbostal selbst eingeholt und währenddessen erarbeitet werden, da es offenbar diesbezüglich kaum bestehende Strukturen gegeben habe, auf die zurückgegriffen werden konnte (Polizei2, 45-45; Polizei1, 8-8). Zudem hätten den Beamt*innen auch keinerlei soziokulturelle Daten über die Personen vorgelegen. Entsprechend sei eine Vorausplanung bei der Unterbringung zusätzlich erschwert worden, da nicht bekannt gewesen sei, welches Geschlecht, Alter oder nationale Zugehörigkeit die Menschen besaßen. Darüber hinaus mussten auch Informationen sowie das

Wissen über sicherheitsrelevante Aspekte der Unterbringung und den Umgang mit der Vielzahl an Menschen durch die Dienststelle selbstorganisiert erfolgen. In erster Linie sei dies durch das Einholen bestehender Erfahrungen und Konzepte anderer Einrichtungen in Niedersachsen sowie durch Internetrecherchen geschehen. Allerdings seien bestehende Erfahrungen der vergangenen Jahre allein aufgrund eines erheblichen Unterschieds bzgl. der Anzahl ankommender Personen nicht mit der Lage 2015/16 vergleichbar und dadurch lediglich eingeschränkt hilfreich gewesen. Auch Informationsmaterialien für Geflüchtete, wie beispielsweise Informationsbroschüren, seien oftmals nicht in den benötigten Fremdsprachen verfügbar gewesen (Polizei4, 41-44, 30-32).

Insgesamt sei der grundlegende Informations- und Wissensaustausch vor Ort (z.B. zu Abläufen auf dem Unterkunftsgelände oder aktuellen Belegungszahlen) mit anderen Organisationen in erster Linie durch die dafür eingesetzten Polizeibeamt*innen der Ermittlungsgruppe gewährleistet worden. Diese hätten in einem fortwährendem Austausch mit Vertreter*innen anderer Organisationen (Sicherheitsdienste, BW-Dienstleistungszentrum JUH, DRK, Feuerwehr) gestanden (Polizei2, 24-24). Da auf diese Weise der aktuellste verfügbare Informationsstand eingeholt werden konnte, auf dessen Basis die Erstellung polizeilicher Lagebilder erfolgte, komme diesem interorganisationalen Austausch eine wichtige Bedeutung zu. Diese Art des Informationsaustausches in regelmäßigen Besprechungen und Gesprächen wird als zentraler und effektivster Weg bewertet, Wissen und Informationen über die eigene Organisation weiterzugeben. Hierzu zähle auch das Abstecken von Grenzen und Handlungsmöglichkeiten der jeweiligen Akteure (Polizei1, 28-28, 62-62).

Die Bereitstellung von Daten durch das Bundesamt für Flüchtlinge (BAMF) und die LAB an die Polizei hingegen erfordere zukünftig eine bessere Vernetzung hinsichtlich belastbarer personenbezogener Daten. Hilfreich für die Polizei seien vor allem Informationen zu bereits bestehenden strafrechtlich relevanten Erkenntnissen über die asylsuchenden Personen, sofern diese beim BAMF oder der LAB bestehen, damit von polizeilicher Seite frühzeitig darauf reagiert werden könne (Polizei4, 44-44, 49-50; Polizei1, 85-86). Entstandene Informationslücken sowie die Erstellung von Mehrfach- und Aliasidentitäten ließen sich 2015 unter anderem auf die uneinheitliche Vorgehensweise bei der Registrierung und einer Überforderung zuständiger Behörden in den Bundesländern zurückführen. Mehr Kommunikation zwischen den Bundesländern sowie eine einheitliche erkennungsdienstliche Behandlung wäre hier von erheblichem Vorteil gewesen (Polizei2, 37-38).

Was die Bereitstellung polizeilicher Expertise für andere Organisationen anbelangt, könne die Polizei bei Themen wie politischem Extremismus und Terrorismus beraten. Dabei stehe vor allem eine Sensibilisierung, der Umgang mit sowie eine richtige Einordnung dieser Thematiken im Vordergrund. Auch alltägliches Präventionswissen könne die Polizei gezielt für Geflüchtete bereitstellen, wie beispielsweise Informationsveranstaltungen über die Straßenverkehrsordnung in Deutschland (Polizei4, 14-14, 21-22). Des Weiteren habe die Polizei Bad Fallingbostal während der Flüchtlingssituation Erfahrungen, Ideen und Hochrechnungen zu Personalaufstellungen von erforderlichem Polizei- und Sicherheitsdienstpersonal für die Unterkunft dem Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zu Verfügung gestellt. Darüber hinaus habe die Polizei während der Lagebewältigung ein Sicherheitskonzept erstellt, das an das Landesinnenministerium weitergegeben wurde und in das Gesamtkonzept der Betreiber einfluss (Polizei1, 65-76).

Einsatzrelevante Erfahrungen und Wissen aus der Flüchtlingssituation seien organisationsintern im polizeilichen Einsatzdokumentationssystem festgehalten worden, in dem alle Einsätze dokumentiert und archiviert würden (Polizei3, 46-46). Eine Dokumentation von Informationen habe es 2015/2016 durch einzelne Personen in der Dienststelle Bad Fallingbostal gegeben. Zudem seien Erfahrungen und Wissen mit anderen Unterkunftsstandorten und im Rahmen von Fortbildungen geteilt worden (Polizei4, 38-38, 35-36).

Insgesamt sei jedoch viel Wissen in der Polizei an Personen gebunden und es bestehe somit die Gefahr, dass mit diesen Personen früher oder später auch das entsprechende Wissen verloren gehe (Polizei3, 58-58).

5 Fazit – Bilanz aus verschiedenen Perspektiven

Werden alle Blickwinkel der im Projekt SiKoMi zur Situation in Bad Fallingbostel befragten Organisationsvertreter*innen nebeneinandergelegt, ergibt sich ein Gesamtbild.

Wahrnehmung der Lage

In zeitlicher Hinsicht sind in den Beschreibungen der Lage 2015/2016 zwei (grobe) Phasen erkennbar:

1. Akute, aber beherrschbare Krisenphase (ca. die ersten vier bis sechs Wochen): Für die erste Zeit der Ankunft von Geflüchteten im so genannten „Camp Fallingbostel“ finden sich Darstellungen, die insbesondere chaotische und unübersichtliche Zustände hervorheben. Gründe hierfür liegen nach Aussagen von Interviewpartner*innen v.a. in Defiziten in der Vorbereitung auf die akute Lage, die sich z.B. auf die Unklarheiten bzgl. der Anzahl ankommender Geflüchteter und einen fehlenden Überblick übergeordneter Behörden beziehen.

2. Übergang Nach-Krisenphase bzw. Normalisierungsphase: Nach einigen Wochen regulierte sich die Lage in der Wahrnehmung der Akteure. Insbesondere jene, die später z.B. im Rahmen der Amtshilfe unterstützten, aber auch die Akteure, die von Beginn an die Lagebewältigung vor Ort begleiteten, nahmen wahr, dass sich die Lage nach einiger Zeit beruhigte, regulierte und insgesamt strukturierter wurde.

Eine soziale Herausforderung wurde dabei im gegenseitigen Umgang von Sicherheitsakteuren und Geflüchteten gesehen, was in erster Linie durch beidseitige kulturelle Handlungsunsicherheiten und negative Erfahrungen erklärt wird. Zudem wird die damalige Situation als eine Herausforderung für die Bevölkerung vor Ort beschrieben, da eine große Anzahl Geflüchteter auf eine insgesamt relativ kleine Bevölkerungszahl traf. Die Bevölkerung war zwar an eine ähnliche Situation noch aus Zeiten gewöhnt, in denen britische Soldat*innen Camp Fallingbostel bewohnten, aber es erschien trotzdem notwendig, auch in diesem Kontext die positive Stimmung zu stärken und z.B. von Seiten der Kommunalverwaltung erneut um Verständnis und Akzeptanz zu werben, um (subjektiven) Unsicherheiten vorzubeugen. Das bezieht sich v.a. auf die medizinischen Versorgungsstrukturen von Bad Fallingbostel, die seinerzeit sowohl durch Einwohner*innen als auch Geflüchtete stark belastet wurden und dadurch nicht immer ausreichten.

In der retrospektiven Bewertung kommen die befragten Akteure insgesamt alle auf eine positive Bilanz. Dafür führen sie v.a. zwei sachliche Gründe an: Zum einen stellte sich die Infrastruktur des Camps Fallingbostel als leistungsfähig und für eine solche Lage gut geeignet dar, da es sich um eine große, voll ausgestattete und befestigte Unterkunft handelte. Zum anderen handelte es sich bei den Akteuren vor Ort um einsatzerfahrene Organisationen, die ihre Fähigkeiten nach kurzer Orientierungsphase einsetzen konnten, um die Lage in den Griff zu bekommen.

Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen der Beteiligten

Wie die Akteure die Lage regelten, wird in den Darstellungen zu Strategien und Ad-hoc-Maßnahmen deutlich. Sie verweisen auf eine Kombination aus vorgeplanten und ungeplanten Handlungsansätzen. Es wurden strukturierte und strategische Vorgehensweisen beschrieben, die Entlastungspotenzial für die operativen Kräfte bedeuteten. Darunter fallen Vorplanungen von besonderen Behördenstrukturen (z.B.

Besondere Aufbauorganisation) und Rückgriffe auf bereits bestehende Konzepte und Maßnahmen (z.B. Flüchtlingsmanagement, Ansätze des Katastrophenschutzes wie Stäbe), die auch zwischen den Akteuren ausgetauscht wurden.

Ad-hoc-Maßnahmen und Improvisation kamen u.a. aufgrund der Unübersichtlichkeit der Lage anfangs ergänzend zum Tragen, wenn bestehende Ansätze situationsbezogen adaptiert werden mussten sowie wenn auf soziale Belange und Bedürfnisse von Geflüchteten und der Bevölkerung kurzfristig reagiert werden musste. Beispiele dafür sind Bereiche der medizinischen Versorgung sowie insbesondere der Kommunikation, um z.B. der Bevölkerung ausreichend Informationen über die Lage zu geben.

Interorganisationale Zusammenarbeit

Wie divers die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wahrgenommen wurde, zeigen die Abbildungen 4 bis 9. Augenfällig sind hier die Unterschiede bezüglich Quantität und Zusammensetzung der Akteure, mit denen gearbeitet wurde. In den Ausführungen der Befragten finden sich darüber hinaus Hinweise auf Qualität bzw. Intensität der Beziehungen der Akteure zueinander, die in der Gesamtschau positiv bewertet wurden. Die Zusammenarbeit vor Ort funktionierte demnach weitgehend. Insgesamt lässt sich auf Basis der verschiedenen Organisationsperspektiven resümieren, dass formelle und informelle Ansätze der interorganisationalen Zusammenarbeit bei der Lagebewältigung 2015/2016 zu identifizieren sind, die sich teils ergänzten, teils (unbehelligt) nebeneinander verliefen und sich teils (im schlechten Fall) gegenseitig behinderten. Formelle Ansätze beziehen sich dabei in erster Linie auf gezielte Abstimmungsprozesse und Absprachen zwischen den befragten, in denen offiziell und verbindlich Rollen, Zuständigkeiten, Informationsaustausch, Regeln der Zusammenarbeit usw. verhandelt und fixiert wurden. Dementsprechend berichten alle Akteure über regelmäßige Besprechungsrunden aller Organisationsvertreter*innen, die dazu dienen sollen, alle Netzwerkpartner auf einen gemeinsamen Informationsstand zu bringen bzw. jeder beteiligten Organisation relevante Informationen zuzuspielen. Für den „sozialen Kitt“ und Vertrauensaufbau (im Sinne eines situationsbezogen aufgebauten Vertrauens sog. „swift trust“) zwischen den Organisationsvertreter*innen waren dabei aber auch informelle Gespräche (auf „persönlicher Ebene“ beim Kaffee, abseits des offiziellen Dienstwegs) zentral für das Funktionieren der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit. In dem Zusammenhang wird mit Bezug auf die beteiligten Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ersichtlich, dass die Zusammenarbeit dann als unproblematischer eingeschätzt wird, wenn sich die Organisationen in ihren Strukturen und Vorgehensweisen als relativ ähnlich wahrnehmen (z.B. BW und DRK). Eine besondere Form der „Zusammenarbeit“, die hier von Bedeutung ist, bezieht sich auf die Vernetzung mit der Bevölkerung bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wenngleich in diesem Zusammenhang auch formelle Ansätze der Koordination hervorgehoben werden (z.B. regelmäßige Bürgerbesprechungen und eine zielgerichtete Bündelung der Hilfsangebote aus der Bevölkerung), betonen sie gleichermaßen die Wichtigkeit von informellen bzw. informell gewachsenen Kontakten, die sich (z.B. in Krisen) zu tragfähigen Netzwerken entwickeln lassen.

Umgang mit Wissen/ „Wissensmanagement“

Organisationsbezogene Bewältigung wie organisationsübergreifende Zusammenarbeit basieren zu großen Teilen auf Informationen bzw. Prozessen des Informationsaustauschs (s.o.) sowie im weiteren

Schritt idealerweise der Schaffung von Erkenntnissen und Wissensbausteinen für das weitere Vorgehen in und auch nach Krisen. Die Angaben der verschiedenen Akteure sind durchaus ähnlich. Die befragten Akteure berichten von unzureichenden Informationen über unterschiedliche Themen, v.a. über Zahlen der zu erwartenden Geflüchteten sowie Angaben zu soziodemografischen Hintergründen, rechtliche Aspekte von Zuständigkeiten etc. Jeder Akteur besitzt gewisse Formen des Umgangs mit Wissen bzw. eines Wissensmanagements. Bei den BOS finden sich z.B. einige Hinweise auf schriftliche Einsatzberichte und Dokumentationen. Wenn vorhanden, werden organisationsintern erarbeitete Handlungsempfehlungen, Leitfäden oder Handbücher aus anderen Situationen für die Lagebewältigung 2015/2016 genutzt. Solches Material, aber auch eigene Erfahrungen und Vorwissen aus Lehrgängen, nutzen die Organisationen oft. Sie tauschen sich auch diesbezüglich aus. Der Umgang mit Wissen geschieht dabei oft auf der persönlichen (vertrauensvollen) Ebene. Individuelle Erfahrungen der handelnden Personen und informeller Austausch zwischen ihnen spielen eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus „verteilen“ die Akteure in der Situation ihr Wissen auch in mündlicher Form z.B. in Austauschrunden.

Aus den Ausführungen befragten Organisationsvertreter*innen lassen sich konkrete Erkenntnisse und Ansätze ableiten, die für zukünftige Situationen von Nutzen sein können. Im letzten Kapitel dieses Dokuments werden die identifizierten Ansätze in Form von Handlungsempfehlungen aufgelistet (s. Kap. 6).

6 Good Practices/ Lessons Learned

Die o.a. Handlungsempfehlungen lassen sich in so genannte „Good Practices“ und „Lessons Learned“ aufteilen.

Good Practices (GP) werden hier verstanden als Maßnahmen bzw. Lösungsansätze, die sich in der Praxis in einer bestimmten Situation bewährt haben, erfolgreich waren und mit positiven Erfahrungswerten besetzt sind (diese bieten jedoch kein Versprechen auf Erfolg oder ultimative Lösungen) und unter

Lessons Learned (LL) werden gefasst: Retrospektiv bezogene Hinweise bzw. Erkenntnisse (insb.) über Fehler und Lehren aus der spezifischen Situation, welche v.a. aus negativen Erfahrungen resultieren („Lehrgeld“).

Die Tabellen in 6.1 und 6.2 benennen die jeweilige GP/LL und ordnen sie nachstehenden Kategorien zu, die auf Basis der Interviewauswertungen in vier Cluster strukturiert wurden:

- Akteure / Netzwerke / Interorganisationale Zusammenarbeit
- Organisationsspezifische Bedingungen (strukturell, prozessoral, technisch/ örtlich)
- Arten von Kommunikation und Austausch / Umgang mit Daten, Informationen und Wissen
- Situationsabhängige Erkenntnisse bezüglich der Versorgung von Geflüchteten

Table 2: Kategorien Good Practices und Lessons Learned

1	<u>Akteure / Netzwerke / Interorganisationale Zusammenarbeit</u>
1.1.	Lokale Akteure und Beziehungen
1.2.	Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltungen
1.3.	Ehrenamt/ Bevölkerung
1.4.	Aufbau interorganisationaler Kooperationen
1.5.	Interorganisationale Zusammenarbeit
2	<u>Organisationsspezifische Bedingungen (strukturell, prozessoral, technisch/ örtlich)</u>
2.1.	Infrastruktur vor Ort
2.2.	Routinen/ situationsunabhängige Strukturen vs. Improvisation/ situationsbezogenes Handeln
2.3.	Wertschätzung für Mitarbeitende/ Beteiligte
2.4.	Positionsgebundene Aspekte (Zuständigkeiten, Aufgaben)
2.5.	Kompetenzen und Erfahrungen aus früheren Lagen (auch in schriftlicher Form wie z.B. Pläne)
3	<u>Arten von Kommunikation und Austausch / Umgang mit Daten, Informationen und Wissen</u>
3.1.	Stabsarbeit
3.2.	Besprechungen
3.3.	Offener/ informeller Austausch
3.4.	Informationen (online) für alle zugänglich machen
3.5.	Listen, Pläne, Konzepte, Handbücher o.Ä. erstellen und Erlerntes somit schriftlich festhalten
4.	<u>Szenariobezogene Erkenntnisse bezüglich der Versorgung von Geflüchteten</u>
4.1.	Gesundheitliche Versorgung
4.2.	Materielle Versorgung (z.B. Unterbringung)

6.1 Good Practices in Bad Fallingbostel

Tabelle 3: Good Practices in Bad Fallingbostel aus Sicht der Interviewpartner*innen

1.	Akteure/ Netzwerke/ Interorganisationale Zusammenarbeit	
1.1.	Lokale Akteure und Beziehungen	
	Polizei	Regelmäßiger Austausch im lokalen Netzwerk, ob im Jour Fixe oder spontan und persönlich ist ein erfolgskritischer Faktor zur Lagebewältigung
	Verwaltung	Erfassung von Personendaten und Ansprechpartner*innen, die in der Lage 2015/2016 durch die Verwaltungsmitarbeiter*innen erst identifiziert werden mussten
1.2.	Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltungen	
	Verwaltung	Guter Kontakt zwischen den Akteuren im ländlichen Raum. Es existieren schon gute persönliche Kontakte, u.a. auch zu bspw. den Hilfsorganisationen, der Polizei oder der Bundeswehr. Weiterhin bestehen auch bereits gewachsene Strukturen, die in der Lage genutzt wurden
	Verwaltung	Erfassung von Personendaten und Ansprechpartner*innen, die in der Lage 2015/2016 durch die Verwaltungsmitarbeiter erst identifiziert werden mussten
1.3.	Ehrenamt/ Bevölkerung	
	JUH	Nutzung von ehrenamtlichem Engagement, bspw. für Übersetzungstätigkeiten
	Verwaltung	Eine Stelle für eine „Brückenbauer*in“: Diese Person sollte Verständnis in der Bevölkerung für die Geflüchteten erzeugen und Aufklärungsarbeit leisten, aber auch als Ansprechpartner*in für die Bedürfnisse der Geflüchteten dienen. Er*Sie hat u.a. Sprechstunden im „Camp Fallingbostel“ angeboten
1.4.	Aufbau interorganisationaler Kooperationen	
	Polizei	Netzwerke können aus eigener Initiative aufgebaut werden, zum Beispiel indem ggf. einseitig regelmäßig zu interorganisationalen Besprechungen eingeladen wird
	Verwaltung	Zusammenarbeit kam durch ganz unterschiedliche Wege zustande, bspw. durch persönliche Kontakte von Mitarbeiter*innen – diese gilt es auch zu nutzen
1.5.	Interorganisationale Zusammenarbeit	
	DRK	Gelingende (gegenseitige) Unterstützung durch enge Verzahnung der bestehenden DRK-Struktur (enge Zusammenarbeit der Kreisverbände mit dem Landesverband und eigenen Gesellschaften)
	Polizei	Transparente, offene Bürgerversammlungen zusammen mit den lokalen Netzwerkorganisationen können Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung abbauen und somit Vertrauen schaffen
	Polizei	Polizeiliche Beratung hinsichtlich des Erkennens und Umgangs von/mit extremistischen und/oder terroristischen Verdachtsmomenten kann dabei helfen, die Sicherheitslage zu stärken
	Polizei	Bezüglich ausländerrechtlicher Fragestellungen und dem Umgang damit in der Praxis hat sich eine enge Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft bewährt
	Verwaltung	Guter Kontakt zwischen den Akteuren im ländlichen Raum. Es existieren schon gute persönliche Kontakte, u.a. auch zu bspw. den Hilfsorganisationen, der Polizei oder der Bundeswehr. Weiterhin bestehen auch bereits gewachsene Strukturen, die in der Lage genutzt wurden
2.	Organisationsspezifische Bedingungen (strukturell, prozessoral, technisch/ örtlich)	
2.1.	Infrastruktur vor Ort	
	JUH	Nutzung vorhandener Infrastruktur: In Bad Fallingbostel konnte durch die gute Infrastruktur in Form der Kasernengebäude und ausreichend Platz eine gute Unterbringung und auch Versorgung (durch Nutzung von Kapazitäten der Bundeswehr) sichergestellt werden
	Polizei	Eine dauerhafte Polizeipräsenz auf dem Unterkunftsgelände (z.B. durch Büros) ist nicht notwendig
	Polizei	Erfahrungen aus der Lage können auch im künftigen Organisationsalltag mit der Unterkunft nützlich sein
	Verwaltung	Nutzung der guten vorhandenen Infrastruktur. Durch das große Gelände mit festen Gebäuden und Möglichkeiten zur Versorgung der Flüchtlinge, konnte eine gute Betreuung, Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten sichergestellt werden
2.2.	Routinen/ situationsunabhängige Strukturen vs. Improvisation/ situationsbezogenes Handeln	
	Polizei	Mehrsprachige Flyer, Piktogramme und Abbildungen auf Karten können helfen, Sprachbarrieren zu mindern
	Polizei	Polizeiliche Aufklärungsveranstaltungen bezüglich Verkehrsregeln in Deutschland kann Flüchtlingen helfen, sich sicherer im Verkehr zu bewegen
	Polizei	In der Konfliktbewältigung mit Geflüchteten hat es sich bewährt auch neue, situative Lösungswege zu suchen und nicht zwangsläufig die bekannten „polizeilichen Maßnahmen“ anzuwenden.
	Polizei	Für Einsatzsituationen ist eine interne Supervision hilfreich, um Beamt*innen bei Ängsten, Verunsicherungen und nach belastenden Einsatzsituationen zu unterstützen
	Polizei	Eine transparente Kommunikation zu Kriminalitätsstatistiken im Zusammenhang mit Geflüchteten gegenüber Medien und Öffentlichkeit schafft Vertrauen, wirkt Gerüchten entgegen und nimmt Ängste in der Bevölkerung
2.3.	Wertschätzung für Mitarbeitende / Beteiligte	

2.4.	Positionsggebundene Aspekte (Zuständigkeiten, Aufgaben)	
	Verwaltung	Erfassung von Personendaten und Ansprechpartner*innen, die in der Lage 2015/16 durch die Verwaltungsmitarbeiter erst identifiziert werden mussten
2.5.	Kompetenzen und Erfahrungen aus früheren Lagen (auch in schriftlicher Form, wie z.B. Pläne)	
	JUH	Orientierung an vorhandenen Katastrophenschutzplänen und -strukturen (hier: Betreuungskonzepte bei bspw. Evakuierungen)
	Verwaltung	Guter Kontakt zwischen den Akteuren im ländlichen Raum. Es existieren schon gute persönliche Kontakte, u.a. auch zu bspw. den Hilfsorganisationen, der Polizei oder der Bundeswehr. Weiterhin bestehen auch bereits gewachsene Strukturen, die in der Lage genutzt wurden
3.	Arten von Kommunikation und Austausch/ Umgang mit Daten, Informationen und Wissen	
3.1.	Stabsarbeit	
	JUH	Stabsarbeit zur Sammlung und zum Austausch von Informationen auch mit anderen Akteuren
	JUH	Stabsarbeit auch im Ministerium für ständige Erreichbarkeit
3.2.	Besprechungen	
	BW	Mehrfache Abstimmungstreffen (zum weiteren Vorgehen), formeller und informeller Austausch sowie die Einhaltung von Absprachen führten zu einer guten Zusammenarbeit
3.3.	Offener/ informeller Austausch	
	Polizei	Ein offener und transparenter Umgang mit Vertreter*innen von Medien und Politik führt zu Vertrauen und Unterstützung der eigenen Arbeit
	Polizei	Offene und transparente Bürgerversammlungen, bei denen alle involvierten Akteure Rede und Antwort stehen, steigern das Vertrauen in der Öffentlichkeit, bauen Ängste ab und beugen so auch Konflikten vor
3.4.	Informationen (online) für alle zugänglich machen	
	Polizei	Offene und transparente Bürgerversammlungen, bei denen alle involvierten Akteure Rede und Antwort stehen, steigern das Vertrauen in der Öffentlichkeit, bauen Ängste ab und beugen so auch Konflikten vor
3.5.	Listen, Pläne, Konzepte, Handbücher o.Ä. erstellen und Erlerntes somit schriftlich festhalten	
	Polizei	Piktogramme auf Schildern am Straßenrand und Aufklärungsflyer mit Verkehrsregeln in unterschiedlichen Sprachen helfen Geflüchteten dabei, sich sicherer im Straßenverkehr zu bewegen und erleichtern so die Eingewöhnung
	Polizei	Erfahrungen und Wissen bereits während der aktuellen Lage zu dokumentieren kann dabei helfen, im Verlauf dazu zu lernen und das Vorgehen anzupassen
	Verwaltung	Erfassung von Personendaten und Ansprechpartner*innen, die in der Lage 2015/2016 durch die Verwaltungsmitarbeiter erst identifiziert werden mussten
4.	Szenariobezogene Erkenntnisse bezüglich der Versorgung von Geflüchteten	
4.1.	Gesundheitliche Versorgung	
	DRK	Protokollierung des gesundheitlichen Zustandes ermöglichte eine einfache Rückverfolgung und somit eine bessere Versorgung während der gesamten Aufenthaltsdauer eines Geflüchteten in der Unterkunft
4.2.	Materielle Versorgung (z.B. Unterbringung)	
	JUH	Nutzung vorhandener Infrastruktur: In Bad Fallingbostel konnte durch die gute Infrastruktur in Form der Kasernengebäude und ausreichend Platz eine gute Unterbringung und auch Versorgung (durch Nutzung von Kapazitäten der Bundeswehr) sichergestellt werden
	Polizei	Piktogramme auf Schildern am Straßenrand und Aufklärungsflyer mit Verkehrsregeln in unterschiedlichen Sprachen helfen Geflüchteten dabei, sich sicherer im Straßenverkehr zu bewegen und erleichtern so die Eingewöhnung
	Verwaltung	Nutzung der guten vorhandenen Infrastruktur. Durch das große Gelände mit festen Gebäuden und Möglichkeiten zur Versorgung der Flüchtlinge, konnte eine gute Betreuung, Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten sichergestellt werden

6.2 Lessons Learned in Bad Fallingbostel

Tabelle 4: Lessons Learned in Bad Fallingbostel aus Sicht der Interviewpartner*innen

1.	Akteure/ Netzwerke/ Interorganisationale Zusammenarbeit	
1.1.	Lokale Akteure und Beziehungen	
	Polizei	Kommunikation mit anderen Organisationen und Institutionen müssen immer wieder neu erarbeitet werden, da Lagen einmalig sind und Organisationen/Mitarbeiter*innen wechseln
	Polizei	Organisationen sollten sich rechtzeitig über größere Veränderungen informieren, bspw. in Bezug auf neue Büros auf dem Unterkunftsgelände
	Verwaltung	Einbindung der kommunalen Akteure: Kommune hat wichtige Rolle bei der Informationsverteilung innerhalb der Bevölkerung
1.2.	Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltungen	
	DRK	Offene Kommunikation so früh wie möglich mit (potenziellen) Partnern: Vernetzung als wichtiger Faktor bei erfolgreicher Zusammenarbeit
	DRK	Strukturen der Gesundheitsversorgung müssen frühzeitig über neu ankommende Personen informiert werden (nicht nur die Bevölkerung)
	Polizei	Ein besserer Informationsaustausch zwischen unterschiedlichen Behörden in den Bundesländern ist notwendig, um Informationsdefiziten vorzubeugen, bspw. bzgl. der Registrierung von Mehrfachidentitäten
	Polizei	Um Folgeproblematiken, wie Mehrfachregistrierung, entgegenzuwirken sollte frühzeitig eine erkennungsdienstliche Behandlung Geflüchteter erfolgen
	Verwaltung	Einbindung der kommunalen Akteure: Kommune hat wichtige Rolle bei der Informationsverteilung innerhalb der Bevölkerung
1.3.	Ehrenamt/ Bevölkerung	
1.4.	Aufbau interorganisationaler Kooperationen	
	Polizei	Gemeinsame Vorbereitung auf zukünftige Lagen ist wichtig, indem Konzepte erstellt und Zuständigkeiten und Kompetenzen im Vorhinein festgelegt werden, um besser zusammenzuarbeiten
	Polizei	Kommunikation mit anderen Organisationen und Institutionen müssen immer wieder neu erarbeitet werden, da Lagen einmalig sind und Organisationen/Mitarbeiter*innen wechseln
	Polizei	Aufgrund von Fluktuation und Einzigartigkeit jeder Lage, sollten Organisationen sich nicht allein auf bereits bestehende Strukturen verlassen, sondern die Kommunikation bei jeder Lage neu erarbeiten
1.5.	Interorganisationale Zusammenarbeit	
	DRK	Offene Kommunikation so früh wie möglich mit (potenziellen) Partnern: Vernetzung als wichtiger Faktor bei erfolgreicher Zusammenarbeit
	Polizei	Kommunikation mit anderen Organisationen und Institutionen müssen immer wieder neu erarbeitet werden, da Lagen einmalig sind und Organisationen/Mitarbeiter*innen wechseln
	Polizei	Mitarbeiter*innen anderer Organisationen sollten Kenntnisse über das Aufgabenfeld der Polizei haben, um deren Vorgehen besser einordnen zu können
	Polizei	Die Polizei sollte anderen Organisationen deutlich machen, was sie leisten kann und was nicht, um nicht die Arbeit anderer Organisationen machen zu müssen
2.	Organisationsspezifische Bedingungen (strukturell, prozessoral, technisch/ örtlich)	
2.1.	Infrastruktur vor Ort	
	Polizei	Standortbasierte Notrufe sollten überall möglich sein, um im Notfall Geflüchtete trotz Sprachbarriere lokalisieren zu können
2.2.	Routinen/ situationsunabhängige Strukturen vs. Improvisation/ situationsbezogenes Handeln	
	Polizei	Wichtig ist Diskretion von Mitarbeiter*innen hinsichtlich der Räumlichkeiten auf Unterkunftsgeländen, bspw. um Diebstähle vorzubeugen
2.3.	Wertschätzung für Mitarbeitende / Beteiligte	
2.4.	Positionsgebundene Aspekte (Zuständigkeiten, Aufgaben)	
2.5.	Kompetenzen und Erfahrungen aus früheren Lagen (auch in schriftlicher Form, wie z.B. Pläne)	
3.	Arten von Kommunikation und Austausch/ Umgang mit Daten, Informationen und Wissen	
3.1.	Stabsarbeit	
3.2.	Besprechungen	
3.3.	Offener/ informeller Austausch	
	DRK	Offene Kommunikation so früh wie möglich mit (potenziellen) Partnern: Vernetzung als wichtiger Faktor bei erfolgreicher Zusammenarbeit
	Polizei	Kommunikation mit anderen Organisationen und Institutionen müssen immer wieder neu erarbeitet werden, da Lagen einmalig sind und Organisationen/Mitarbeiter*innen wechseln
3.4.	Informationen (online) für alle zugänglich machen	
	Polizei	Ein frühzeitiger, zielgerichteter Informationsaustausch mit allen beteiligten Organisationen bzw. Institutionen ist notwendig, um besser zusammenarbeiten zu können
	Verwaltung	Einbindung der kommunalen Akteure: Kommune hat wichtige Rolle bei der Informationsverteilung innerhalb der Bevölkerung

3.5.	Listen, Pläne, Konzepte, Handbücher o.Ä. erstellen und Erlerntes somit schriftlich festhalten	
	Polizei	Gemeinsame Vorbereitung auf zukünftige Lagen ist wichtig, indem Konzepte erstellt und Zuständigkeiten und Kompetenzen im Vorhinein festgelegt werden, um besser zusammenzuarbeiten
4.	Szenariobezogene Erkenntnisse bezüglich der Versorgung von Geflüchteten	
4.1.	Gesundheitliche Versorgung	
	DRK	Es bestand keine frühzeitige Einbindung der Psychosozialen Notfallversorgung
	GA	Starke Auslastung und geringe Ressourcen im öffentlichen Gesundheitswesen waren eine Herausforderung: dringende Verbesserungen im Bereich der Psychotherapie
4.2.	Materielle Versorgung (z.B. Unterbringung)	
	Polizei	Um Folgeproblematiken, wie Mehrfachregistrierung, entgegenzuwirken sollte frühzeitig eine erkennungsdienstliche Behandlung Geflüchteter erfolgen
	Polizei	Standortbasierte Notrufe sollten überall möglich sein, um im Notfall Geflüchtete trotz Sprachbarriere lokalisieren zu können

7 Literatur

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2020). Kartenausschnitt Bad Fallingbostal. Online verfügbar unter: <https://www.geoportal.de/portal/main/#>, zuletzt geprüft am 07.12.2020

Diaz, Laura (2015): Ein Abend unter vielen. Weihnachten in der Flüchtlingsunterkunft. In: *ZEIT ONLINE*, 24.12.2015. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2015/52/fluechtlingsunterkuenfte-weihnachtsfest-heiligabend-feier>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

DRK Flüchtlingshilfe Fallingbostal (2016): Camp Fallingbostal Ost – Betreiberkonzept. Eigenverlag.

Exner, Ulrich (2015): Das gebeutelte Dorf hofft auf das Geld der Flüchtlinge. In: *WELT.de*, 26.09.2015. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article146867606/Das-gebeutelte-Dorf-hofft-auf-das-Geld-der-Fluechtlinge.html>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

Frommer, Jana-Andrea; Schönefeld, Malte; Schütte, Patricia; Werner, Andreas; Epple, Günther; Fiedrich, Frank (2020): „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler“. Ansatzpunkte für ein Lernen der Polizei aus den Flüchtlingsbewegungen 2015/2016. In: Hermann Groß und Peter Schmidt (Hg.): *Polizei und Migration*. Verlag für Polizeiwissenschaft: Frankfurt am Main (Schriften zur empirischen Polizeiforschung, 26), S. 251-271.

George, Carolin (2016): Wachwechsel im Camp Fallingbostal. In: *WELT.de*, 07.02.2016. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/print/wams/hamburg/article151919287/Wachwechsel-im-Camp-Fallingbostal.html>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

Hermann, Kristin; Elsner, Katharina; Chami, Manal; Kuhaupt, Christina (2015): Neues Leben im Dorf. Flüchtlinge in Oerbke. In: *Weser Kurier*, 19.09.2015. Online verfügbar unter https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-Neues-Leben-im-Dorf-_arid,1212290.html, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

hf (2015): Bald 6000 Flüchtlinge im Camp Fallingbostal? Notaufnahmelager besteht wohl länger. In: *kreiszeitung.de*, 17.09.2015. Online verfügbar unter <https://www.kreiszeitung.de/lokales/heidekreis/bad-fallingbostal-ort28275/grindel-einsatz-beeindruckend-notaufnahmelager-besteht-wohl-laenger-5533289.html>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

LAB NI (2020): „Ankunftszentrum Bad Fallingbostal-Oerbke“. Online verfügbar unter https://www.lab.niedersachsen.de/startseite/standorte/ankunftszentrum_fallingbostal_oerbke/standort-bad-fallingbostaloerbke-145129.html, zuletzt geprüft am 22.06.2020

Maxwill, Peter; Reimann, Anna (2015): "Wir machen nicht nur warm, satt, sauber". Flüchtlinge in Bad Fallingbostal. In: *SPIEGEL Online*, 23.12.2015. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-bad-fallingbostal-warm-satt-sauber-a-1068991.html>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

Polizeidirektion Lüneburg (2020): „Polizeikommissariat Bad Fallingbostal“ https://www.pd-lq.polizei-nds.de/dienststellen/polizeiinspektion_heidekreis/polizeikommissariate/pk_bad_fallingbostal/polizeikommissariat-bad-fallingbostal-787.html, zuletzt geprüft am 22.06.2020

Röhlig, Marc (2018): So leben Flüchtlinge in einem von Seehofers künftigen "Ankerzentren", 30.07.2018. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/ankerzentrum-so-leben-fluechtlinge-schon-jetzt-im-ankunftszentrum-bad-fallingbostal-a-00000000-0003-0001-0000-000002647947>, zuletzt geprüft am 04.10.2020.

Walsroder Zeitung (2015): Oerbke: Keine neuen Flüchtlinge. Online verfügbar unter: https://www.wz-net.de/lokales/oerbke-keine-neuen-fluechtlinge_10_110964185-21-.html, zuletzt geprüft am 07.12.2020